

Von der Versöhnung zur Partnerschaft

40 Jahre Israel-Büro der
Friedrich-Ebert-Stiftung





**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

ISBN 978-3-96250-207-2

1. Auflage

© 2018 by

Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Referat Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika (MONA)

Inhaltliche Gesamtkoordination: Ralf Hexel

Redaktionsassistentz: Yana Gospodinova und Team FES Israel

Lektorat: Heiner Lindner

Umschlaggestaltung, Layout und Satz: Dominik Ziller

Druck & Verarbeitung: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2018

Winfried Veit

**Von der Versöhnung
zur Partnerschaft**
40 Jahre Israel-Büro der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Mit einem Vorwort von
Kurt Beck



INHALT

Vorwort: Kurt Beck.....	6
1. Last der Geschichte: Die Anfänge der Stiftungsarbeit bis zur politischen Wende 1977	8
2. Rekonstruktion der Linken: Die FES als „Helfer in der Not“ (1978–1992)	14
3. Oslo und die Folgen: Gesellschaftspolitik als Friedenspolitik (1992–2001).....	24
4. „Nicht in, aber von Europa“: Europäische und internationale Perspektiven (2001–2011).....	34
5. Hegemonie der Rechten: Für eine pluralistische Gesellschaft (2011–2018)	44
Anhang	58
Abbildungsverzeichnis	60
Abkürzungen	62
Personenregister	63
Über den Autor.....	64



VORWORT

„Unsere normalen Beziehungen haben den Charakter der Besonderheit.“ Bis heute steht der berühmte Satz Willy Brandts nach seinem Israel-Besuch im Juni 1973 paradigmatisch für das deutsch-israelische Verhältnis. Acht Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen war Willy Brandt auf Einladung Golda Meirs als erster amtierender deutscher Bundeskanzler nach Israel gereist. Bereits 1957 hatte der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer als erster bedeutender deutscher Politiker in Israel eine öffentliche Rede halten können, und es waren insbesondere der DGB und die Histadrut, die schon vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Brücken bauten und im Schatten der Shoah den Grundstein legten für die spätere Partnerschaft und Freundschaft zwischen den Gesellschaften beider Länder.

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung spielte bereits in dieser frühen Phase deutsch-israelischer Beziehungen eine wichtige Rolle. Bereits Anfang der 1960er-Jahre begann die Stiftung, mit Partnern in Israel zusammenzuarbeiten und konnte schließlich 1978 als erste der deutschen Politischen Stiftungen dauerhaft ein Büro in Israel eröffnen. Die vorliegende Broschüre beschreibt, wie sich die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel seitdem über vier Jahrzehnte hinweg entwickelt hat: von den bescheidenen und schwierigen Anfängen bis zur heutigen Projektarbeit als etablierte und anerkannte Einrichtung mit einem breiten Aktivitäten- und Partnerspektrum. In der Projektarbeit spiegeln sich dabei von Beginn an zwei Dinge ganz unmittelbar wider: die wechselvollen politischen Entwicklungen in Israel sowie das Auf und Ab in den Bemühungen, eine friedliche Lösung mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn zu finden. Neben den deutsch-israelischen bzw. europäisch-israelischen Beziehungen sowie friedens- und sicherheitspolitischen Fragen bilden gegenwärtig Arbeits- und Sozialpolitik, Geschlechtergerechtigkeit sowie die Stärkung des pluralistischen und offenen Charakters der israelischen Gesellschaft die Tätigkeitsschwerpunkte des FES-Büros.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sich weltweit für die Werte und Prinzipien der Sozialen Demokratie ein. Im Falle Israels kommen Solidarität und besondere Verantwortung vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte hinzu, ganz im Sinne Johannes Raus, der dieses Selbstverständnis als Bundespräsident in seiner Rede vor der Knesset im Jahr 2000 so formuliert hat: „Im Wissen um das Geschehene halten wir die Erinnerung wach. Mit den Lehren aus der Vergangenheit gestalten wir gemeinsame Zukunft.“

Das 40-jährige Jubiläum der FES-Präsenz in Israel fällt mit dem 70. Jahrestag von Israels Staatsgründung zusammen. Israel ist heute stark wie nie zuvor: Eine hochentwickelte, dynamische und kreative Gesellschaft, die vom Agrarstaat zur Hightech- und Wissenschaftsnation wurde. Israel blickt auf eine beispiellose Aufbauleistung, auf die Integration von Millionen Einwanderern, auf wirtschaftlichen Erfolg und Innovationsgeist zurück. Gleichzeitig aber bestehen Bedrohungen von außen, Gegensätze im Innern und der ungelöste Konflikt mit den Palästinensern fort. Gerade in diesen Tagen, während wir das doppelte Jubiläum mit Veranstaltungen in Israel und Deutschland begehen, wird dies wieder einmal besonders deutlich.

Wir wissen nicht, wie sich die politische Lage im Nahen Osten angesichts alter und neuer Herausforderungen entwickeln wird. Aber wir wissen, dass für die Friedrich-Ebert-Stiftung die Arbeit in und mit Israel von zentraler Bedeutung bleiben und immer den „Charakter der Besonderheit“ haben wird.

Berlin, im August 2018

*Kurt Beck, Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung*



Bild 1: Erich Ollenhauer und David Ben-Gurion in Israel, 1957
(Ein ausführliches Abbildungsverzeichnis für alle Fotos befindet sich im → Anhang)

1.

Last der Geschichte: Die Anfänge der Stiftungsarbeit bis zur politischen Wende 1977

„Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson“, lautete der Titel eines Essays von Rudolf Dreßler, damals deutscher Botschafter in Israel, den er im April 2005 veröffentlichte. Drei Jahre später, im März 2008, bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor der Knesset diese Maxime und machte sie damit auch offiziell zum Bestandteil deutscher Außenpolitik. Es war ein langer Weg bis dahin, auch wenn sich wohl alle deutschen Nachkriegsregierungen an dieser Maxime inoffiziell orientierten – wenngleich in unterschiedlichem Maße. Ironischerweise erfolgte die quasi amtliche Bestätigung zu einem Zeitpunkt, an dem das deutsch-israelische Verhältnis sich etwas abschwächte – Folge der von Israel betriebenen Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten.

Doch auch wenn die israelische Regierungspolitik sich zunehmend von den friedenspolitischen Vorstellungen ihrer Vorgänger entfernt, behält doch der Grund für die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und dem jüdischen Staat nach wie vor Gültigkeit, den der spätere Außenminister Joschka Fischer schon 1995 so beschrieb: „Deutschland sollte sich weder zu einer weltpolitischen Rolle überreden noch gar zwingen lassen, denn seine Interessen sind europäisch begrenzt. Dabei gibt es nur eine Ausnahme, und das ist Israel, mit dessen Existenzrecht das demokratische Deutschland noch über Generationen hinaus untrennbar verbunden bleibt, bedingt durch die historische Schuld des millionenfachen Mordes am europäischen Judentum durch das Deutsche Reich.“

Für den ersten Nachkriegskanzler Konrad Adenauer fügte sich die Unterstützung Israels nahtlos in seine Politik der nahezu bedingungslosen Integration in westliche Strukturen ein, mit deren Hilfe er den westdeutschen Staat „aus der Tiefe wieder emporheben“ und letztlich die nationale Souveränität wieder erlangen wollte. Neben offiziellen finanziellen „Wiedergutmachungsleistungen“ ab 1952 gab es auch geheime Waffenlieferungen, die auf israelischer Seite von dem jungen Shimon Peres koordiniert wurden – später Minister- und Staatspräsident und ein wichtiger Freund der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). 1960 kam es zu dem berühmten Treffen zwischen Adenauer und dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion in New York, an dessen Zustandekommen auch der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer beteiligt war. Dieser hatte bereits 1957 als erster deutscher Politiker in Israel eine öffentliche Rede halten können. Unter Bundeskanzler Ludwig Erhard kam es 1965 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern, und mit Willy Brandt wurde 1969 der erste Sozialdemokrat deutscher Regierungschef, der als NS-Widerständler in Israel hohes moralisches Ansehen genoss und der es verstand, eine Balance zwischen Pro-Israel-Politik und Verständnis für die Palästinenser zu bewahren. Das gelang seinem Nachfolger Helmut Schmidt weniger, der zudem wegen seiner Wehrmachtsvergangenheit Angriffsflächen bot, die insbesondere von der 1977 an die Macht gelangten rechtskonservativen, äußerst deutschlandkritischen Likud-Partei ausgenutzt wurden.

Kühlten sich mit der machtpolitischen Wende in Israel die Beziehungen auf staatlicher Ebene ab, so führte dies doch keineswegs zu einer dauerhaften Beschädigung des deutsch-israelischen Verhältnisses. Denn in der Zwischenzeit war seit Beginn der 1960er-Jahre ein zwar noch dünnes, aber sich immer stärker entwickelndes Geflecht nicht staatlicher Beziehungen entstanden, in dem die FES eine zunehmend wichtige Rolle spielte. Begonnen hatte es bereits im Sommer 1960 mit einem Besuch des damaligen SPD-Vordenkers und FES-Vorstandsmitglieds Willi Eichler beim renommierten Weizmann-Institut in Rehovot. Dabei wurden die Grundlagen für ein Förderprogramm der FES gelegt, das wenig später bei einem Aufenthalt des FES-Vorsitzenden Alfred Nau und des Geschäftsführers Günter Grunwald bekräftigt wurde. Es handelte sich um ein Programm zur Ausbildung von Fachkräften aus Entwicklungsländern in Israel mithilfe von FES-Stipendien, das 1962 zum ersten Mal stattfand. Den Hintergrund bildete die Bewunderung für das israelische Modell einer demokratisch-sozialistischen Pioniergesellschaft, wie sie in einem Reisebericht des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg aus dem Jahr 1957 zum Ausdruck kam: „Es ist das ein für Sozialisten außerordentlich interessantes Experiment, sozialistische Grundideen unorthodox und unter Einhaltung des Wettbewerbsprinzips und der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit zu verwirklichen.“ Der DGB führte in der Folge eine Kampagne zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern durch, wie sie 1965 dann auch zustande kamen.

Der zweite große Schritt in den sich zaghaft entwickelnden Beziehungen erfolgte 1967 mit der Gründung der Fritz-Naphtali-Stiftung (FNS) in Tel Aviv. Benannt war diese nach dem deutschen Sozialdemokraten und Theoretiker der „Wirtschaftsdemokratie“ Fritz Naphtali, der seiner jüdischen Herkunft wegen nach Palästina emigrieren musste und im 1948 gegründeten Staat Israel unter anderem Landwirtschaftsminister war. Sein Name stand symbolhaft für die beginnende Versöhnung zwischen beiden Völkern, zunächst zwischen deutschen und israelischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Das war zum damaligen Zeitpunkt alles andere als selbstverständlich – trotz „Wiedergutmachung“, Waffenlieferungen und diplomatischer Beziehungen. Mit Deutschen zusammenzuarbeiten kostete die meisten Israelis – und beileibe nicht nur die Holocaust-Überlebenden – große Überwindung. Am ehesten gelang dies aufgrund gemeinsamer Erfahrungen von Verfolgung und Widerstand während der Nazizeit, und hier gab es auf beiden Seiten Persönlichkeiten, insbesondere in Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die an diese Erinnerung anknüpfen konnten. Es war daher für diejenigen, die nach dem Krieg die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung wieder aufbauten, geradezu selbstverständlich, die Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung des jungen jüdischen Staates zu suchen. Eingedenk der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands an seinen jüdischen Bürgern hatte es sich die Stiftung bewusst zur Pflicht gemacht, Israel solidarisch Hilfe zu leisten und für das neue, demokratische Deutschland Zeichen der Versöhnung und des guten Willens zu setzen.

Treibende Kräfte bei dieser Versöhnungsarbeit waren auf deutscher Seite Walter Hesselbach, Vorstandschef der (gewerkschaftlichen) Bank für Gemeinwirtschaft und Vorsitzender des FES-Kuratoriums; auf israelischer Seite Akiva Lewinsky, in leiten-

der Funktion bei der (ebenfalls gewerkschaftlichen) Bank Ha-Poalim und der Jewish Agency tätig. Hesselbach wurde Vorsitzender des Vorstands, Lewinsky Vorsitzender des Kuratoriums der neu gegründeten FNS. Die Zusammenarbeit mit der FNS wurde zum Kern des Engagements der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel. Daraus entwickelten sich langsam weitere Beziehungen und Kontakte. Die zentrale Figur dieser Kooperation war Akiva Lewinsky, der für die FES Aufgaben wahrnahm, die in vielem denjenigen ähnelten, die später die stiftungseigenen Repräsentanten erfüllten. Er stellte Kontakte zu führenden Persönlichkeiten der israelischen Politik, Kultur, Wissenschaft und Gewerkschaften her. Er organisierte Informationsprogramme für die FES, die deutschen Gewerkschaften und für die SPD, ebenso wie umgekehrt die Vorbereitungen für israelische Besucher in Deutschland über ihn liefen. Durch seine Vermittlung kam die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen in Israel mit den für die politische Bildung, historische Forschung, Studienförderung und Auslandsarbeit zuständigen Abteilungen der FES zustande. Dies beinhaltete Spenden und Materialhilfen für israelische Forschungseinrichtungen, Finanzierung von Seminaren und Informationsprogrammen, Stipendien für Wissenschaftler und Austauschprogramme für Jugendliche und Multiplikatoren.

Durch seine guten Kontakte zur deutschen Arbeiterbewegung einerseits, seine feste Verankerung in der sozialistischen Führungselite Israels andererseits, legte Akiva Lewinsky die Basis für die Stiftungsarbeit im jüdischen Staat und verhalf dieser schließlich auf eigene Füße. Er war somit bis zur Eröffnung eines FES-Büros 1978 ein zentraler Mittler zwischen der deutschen und der israelischen Linken (auf der Rechten gab es naturgemäß lange Zeit kaum Kontakte) und blieb es auch später noch, als sich die Verbindungen bis auf die höchste politische Ebene ausdehnten. Das hatte auch mit seinem deutschen Partner der ersten Stunde zu tun, mit Walter Hesselbach, dessen Wirken der damalige Ministerpräsident Yitzhak Rabin bei Hesselbach's Tod 1993 mit den folgenden Worten würdigte:

„Walter Hesselbach gehörte zu einer kleinen Gruppe von Menschen, die die ersten Brücken zwischen Deutschland und Israel nach dem Krieg und nach dem Holocaust des jüdischen Volkes errichteten. Zusammen mit anderen, die in diesem Kreise wirkten, führte er Deutschland in die Gemeinschaft der Völker zurück. Es ist schwer, sich die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung in Israel ohne seine Hilfe und Förderung, seinen Rat und seine Initiativen vorzustellen. Er war den Spitzen des Staates, der Gründergeneration, der israelischen Wirtschaft und den Persönlichkeiten im Reich der Kultur Israels bis zu seinem Ableben verbunden.“

Quelle: 20 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel (unveröffentlichtes Manuskript), (Herzliya 1998)

Eines der ersten zentralen Projekte der Kooperation zwischen FES und Fritz-Naphtali-Stiftung war die Weiterbildung israelischer Studenten und Fachleute, die 1969 begann und durch Vermittlung der FES mit Förderung der VW-Stiftung durchgeführt wurde. Aber viel wichtiger für die zukünftige Stiftungstätigkeit in Israel war die beginnende Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Histadrut. Diese war 1920 im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina von sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gegründet

ברוך אתה בנאך וברוך אתה בצאתך
דברים 37

Bild 2:
Ludwig
Rosenberg in
Tel Aviv, 1957



Bild 3: Fritz (Peretz) Naphtali in Israel,
1951

Bild 4: Walter Hesselbach in Israel,
1967

THE CORNERSTONE CELEBRATION OF THE BUILDING
OF THE FACULTY OF SOCIAL SCIENCES
IN MEMORY OF FRITZ NAPHTALI

טקס הנחת אבן הכנה
לבנין הפקולטה למדעי החברה
ע"ש פרען נפתלי



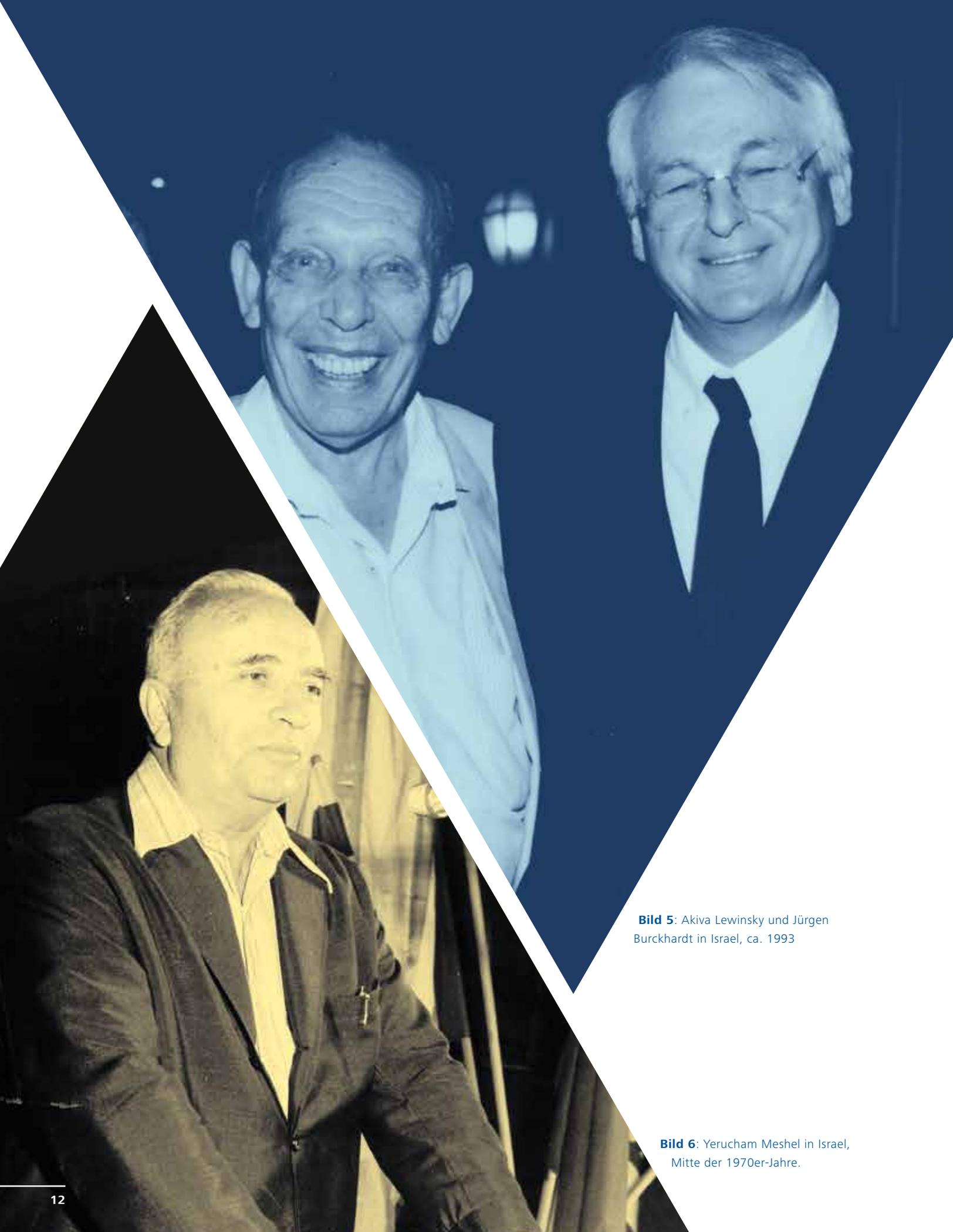


Bild 5: Akiva Lewinsky und Jürgen Burckhardt in Israel, ca. 1993

Bild 6: Yerucham Meshel in Israel, Mitte der 1970er-Jahre.



worden, in der schon bald 75 Prozent der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert waren und die sich selbst zu einem der wichtigsten Arbeitgeber des Landes entwickelte. Die Histadrut spielte auch eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung des „Jishuw“ – der kleinen jüdischen Gemeinschaft, die schon vor der Gründung des Staates Israel in Palästina lebte – gegenüber der britischen Mandatsmacht und den in den 1920er-Jahren beginnenden Feindseligkeiten der arabischen Bevölkerung. Nach der Unabhängigkeit 1948 wurde die Histadrut quasi zum „Staat im Staate“, der sich in zwei zentralen Bereichen grundlegend vom deutschen Gewerkschaftssystem unterschied: Zum einen war sie straff zentralistisch organisiert und kannte keine starken Einzelgewerkschaften wie der Deutsche Gewerkschaftsbund. Zum anderen war sie stark politisiert und stand lange Zeit in geradezu symbiotischer Verbindung mit der Arbeitspartei (zunächst Mapai, später Avoda). Seit 1965 kandidierten auch die meisten anderen Parlamentsparteien bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongress, dem „Histadrut-Parlament“, sodass sich dort die politischen Auseinandersetzungen in der Knesset, dem israelischen Parlament, quasi widerspiegelten. Seitdem erlitt die Avoda einen Bedeutungsverlust in der sich wandelnden israelischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und verlor allmählich ihren bis dahin dominierenden Einfluss in der Histadrut.

Als die FES Anfang der 1970er-Jahre die Zusammenarbeit mit der Histadrut aufnahm, war diese nach wie vor ein Gigant, dem noch immer fast siebenzig Prozent der israelischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angehörten, unter anderem auch, weil mit der Mitgliedschaft automatisch die Krankenversicherung (Kupat Holim) verbunden war. Vorausgegangen waren regelmäßige Konsultationen zwischen FNS und Histadrut einerseits, FES und DGB andererseits, die im September 1975 anlässlich des Besuchs von Histadrut-Generalsekretär Yerucham Meshel in Deutschland in eine formelle Kooperationsvereinbarung zwischen der Stiftung und der israelischen Gewerkschaft mündeten. Ziel war vor allem die Verbesserung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, den Arbeiterkomitees (Betriebsräten) und Gewerkschaftsfunktionären sowie Multiplikatoren der Arbeiterbewegung im weiteren Sinne. Thematisch ging es um die akuten wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes, die Motivation für eine verstärkte gewerkschaftliche Arbeit, Probleme von Ausbildung und Arbeitslosigkeit sowie nicht zuletzt um das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern in Israel. Die arabische Minderheit von etwa zehn Prozent der Bevölkerung (heute sind

es 20 Prozent) war in weiten Bereichen diskriminiert, und die Histadrut war eine der wenigen gesellschaftlichen Großorganisationen, in denen die Gleichberechtigung zumindest angestrebt wurde. Über die Histadrut hinaus unterstützte die FES später auch andere Initiativen, die auf eine stärkere gesellschaftliche Teilhabe der israelischen Araber abzielten.

Aber auch auf anderen Feldern nahm die Polarisierung innerhalb der israelischen Gesellschaft zu, verstärkt auch durch die während des Sechstagekriegs 1967 erfolgte Besetzung der palästinensischen Gebiete, die schon bald zu Auseinandersetzungen über die beginnende Siedlungspolitik in diesen Gebieten führte. Der Überraschungsangriff der arabischen Staaten im Jom-Kippur-Krieg 1973 hatte zudem einmal mehr die fragile Existenz des jüdischen Staates deutlich gemacht. Ende der 1970er-Jahre hatte Israel sich bereits spürbar vom Idealbild der sozialistischen Pioniergesellschaft entfernt und bot eher das Bild einer sich polarisierenden Gesellschaft.

„Dieser Staat, der vom ersten Tag seiner Existenz an ums Überleben zu kämpfen hatte, dessen Bürger aus unterschiedlichen Kulturkreisen kommen und deren gemeinsamer Nenner oft genug allein die jüdische Herkunft ist, sah sich sehr bald einem wachsenden gesellschaftlichen Konfliktpotential gegenüber. In Israel beginnt dies bei den scharfen Gegensätzen zwischen Juden und arabischer Minderheit, setzt sich fort über religiöse Auseinandersetzungen, Animositäten zwischen orientalisches und europäisch geprägten Israelis bis hin zur permanenten Bedrohung durch arabische Nachbarstaaten (...) Es wundert deshalb nicht, wenn all dies in der Gesellschaft Israels Reaktionen auslöst. Einige Reaktionen, die vor allem bei Jugendlichen zu beobachten sind, signalisieren eine gefährliche Entwicklung: zunehmende Polarisierung, intolerantes Verhalten, Demokratiefindlichkeit und Hinwendung zu religiös-messianischen Sekten extrem nationalistischer Färbung. Sie bedrohen nachhaltig den Frieden im Inneren Israels wie auch das angestrebte friedliche Zusammenleben mit den arabischen Nachbarn.“

Quelle: Klaus Reiff, Israel. 20 Jahre Friedensarbeit für Nahost, Bonn 1988, S. 11.

Die zunehmende national-religiöse Orientierung vor allem der sephardischen (orientalischen) Juden und deren verstärktes politisches Engagement trugen wesentlich zum Wahlsieg des national-konservativen Likud im Mai 1977 bei, mit dem die fast dreißigjährige Vorherrschaft der Arbeitspartei endete. Aber die Partei hatte sich auch in den langen Jahren der Macht verschlissen, die jahrzehntelange Quasisymbiose von Staat und Partei war in den Augen der meisten Bürger nicht mehr tragbar. Außerdem verfügten die Nachfolger des „Gründungsvaters“ der Nation, David Ben-Gurion, nach dessen Rückzug aus der Politik 1963 nicht über die gleiche Autorität. Die Ausnahme bildete der hochdekorierte General und Held des Sechstagekrieges Yitzhak Rabin, der aber nach nur knapp dreijähriger Amtszeit im April 1977 auf den Parteivorsitz verzichtete. Nach der Niederlage der Avoda übernahm Shimon Peres das Amt des Parteivorsitzenden, das er bis 1992 innehatte.

Die Wahl-niederlage am Abend des 17. Mai 1977 war für die Arbeit der Partei eine Zäsur.

2.

Rekonstruktion der Linken: Die FES als „Helfer in der Not“ (1978—1992)

Am Abend des 17. Mai 1977 lag die Welt für die Arbeitspartei buchstäblich in Trümmern. Was einst ihre große Stärke gewesen war, die symbiotische Verbindung von Partei und Staat, entpuppte sich jetzt – in der Opposition – als verhängnisvolle Schwäche. Parteigeschäfte waren weitgehend vom Amt des Ministerpräsidenten und in den Ministerien erledigt worden, die organisatorischen Strukturen der Partei waren nur rudimentär entwickelt. Das hatte auch mit der Parteigeschichte zu tun, die 1930 mit der Gründung der Mapai als Zusammenschluss einiger kleinerer sozialdemokratischer und sozialistischer Gruppen begann. In den wichtigsten Organisationen des „Jishuw“ – der Histadrut, der politischen Vertretungskörperschaft Jewish Agency und der Verteidigungsmiliz Hagana, alle Anfang der 1920er-Jahre gegründet – dominierte die Partei nahezu unangefochten mit David Ben-Gurion an der Spitze. Dies setzte sich auch nach der Staatsgründung 1948 fort, wobei wegen des extremen Verhältniswahlrechts (bis 1988 Ein-Prozent-Hürde, danach 1,5 Prozent, heute 3,25 Prozent) von Anfang an Koalitionen mit kleineren Parteien eingegangen werden mussten. Die Mapai erhielt bis 1961 regelmäßig zwischen 32 und 38 Prozent der Wählerstimmen; 1968 wurde sie durch den Zusammenschluss mit zwei kleineren Parteien in Israelische Arbeitspartei (kurz „Avoda“ = Arbeit) umbenannt.

In der ungewohnten Oppositionsrolle musste sich die Partei zunächst organisatorisch „neu erfinden“ und brauchte darüber hinaus dringend Hilfe in zwei Bereichen, in denen die Friedrich-Ebert-Stiftung sich als Partner anbot: Zum einen benötigte sie eine programmatische Erneuerung und breitere ideologische Verankerung, vor allem in der Jugend, nachdem sie jahrzehntelang in der Routine täglicher Regierungsgeschäfte erstarrt war. Zum anderen waren mit dem Machtverlust auch praktisch alle internationalen Kontakte verloren gegangen, weil diese fast ausschließlich auf Regierungsebene stattgefunden hatten. „Die Situation war dramatisch, die Partei in einem katastrophalen Zustand“, urteilte rückblickend Yossi Beilin, der damals als junger Journalist Sprecher des Parteivorsitzenden Peres war und als einer der wenigen in der Avoda begriffen hatte, dass in dieser Notlage die FES wichtige Hilfe leisten konnte. Obwohl formal nicht zuständig, ergriff Beilin die Initiative und agierte als „Mädchen für alles“, um Kontakte zwischen der Stiftung und den zuständigen Instanzen und Parteiverantwortlichen zu vermitteln. Beilin, der in den 1980er-Jahren eine der treibenden Kräfte bei der programmatischen Erneuerung der Arbeitspartei war, wurde in der Folge einer der wichtigsten Partner der FES in Israel. Er holte sich Anregungen und Unterstützung aus dem sozialdemokratischen Spektrum Westeuropas, vor allem

Deutschlands; insbesondere mit dem SPD-Theoretiker und FES-Abteilungsleiter Thomas Meyer gab es eine enge Zusammenarbeit, die von der Stiftung mit entsprechenden Veranstaltungen flankierend unterstützt wurde.

Beilin's Initiativen wurden im Herbst 1977 von Walter Hesselbach aufgegriffen und in die (sozialdemokratische) politische Arena getragen. Dort hatte man sich bis dahin wenig Gedanken über Israel gemacht, lag doch die Pflege der Beziehungen ähnlich wie auf israelischer Seite in erster Linie bei der offiziellen Außenpolitik. Das änderte sich jetzt, und für führende deutsche Sozialdemokraten wie Willy Brandt, Johannes Rau und Hans Matthöfer war es jetzt „unstreitig, dass Israel absolute Priorität hatte“, so der frühere FES-Abteilungsleiter Ernst J. Kerbusch. Diese Einsicht wurde von der FES schnell aufgegriffen und im Januar 1978 ein Auslandsmitarbeiter nach Tel Aviv entsandt. Doch Willi Brinckmann wurde schon bald nach seiner Ankunft schwer krank und musste nach Deutschland zurückkehren, wo er kurz danach verstarb. Daraufhin reiste Kerbusch in Begleitung des Referatsleiters Hans Müller nach Israel, um die Dinge voranzubringen.

Bild 7: Willy Brandt und Yitzhak Rabin in Bonn, 1975





Bild 8: Helmut Schmidt
und Golda Meir in
Großbritannien, 1974



Bild 9: Ernst J. Kerbusch in Berlin 2003

Eine direkte Unterstützung der Arbeitspartei kam aus rechtlichen Gründen zwar nicht infrage, jedoch wurde durch die Gründung der „Golda Meir Association for Labor Education“ (ALE) eine parteinahe Bildungsorganisation geschaffen, mittels derer über die Förderung der Werte der Arbeiterbewegung und der demokratischen Ordnung allgemein die programmatische Erneuerung der Partei vorangetrieben werden konnte. Dies geschah in Form theoretisch-ideologischer Seminare und Konferenzen, zu denen zunehmend ausländische, vor allem deutsche Experten eingeladen wurden, womit gleichzeitig internationale Kontakte und Verbindungen geschaffen wurden. Auch das zweite Yossi Beilin am Herzen liegende Thema, der Nahostfriedensprozess und die Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern, wurde im Rahmen der politischen Bildungsarbeit von ALE aufgegriffen. Die Vereinigung war in den 1980er-Jahren der Hauptpartner der Stiftung in Israel, und insbesondere unter ihrem Generalsekretär und späteren Minister Ephraim Sneh gewann die Zusammenarbeit an Intensität. Bis 1985 war die FES einziger Förderer dieses Bildungsprogramms, danach kamen die Mittel überwiegend aus den USA, Kanada und anderen europäischen Ländern; die ALE blieb aber ein wichtiger Partner der Stiftung in Israel.

Deren Arbeit intensivierte sich ab Anfang 1979 mit der Entsendung von Jens Uwe Carstens als Stiftungsvertreter, der zunächst ein kleines Büro im Gebäude der Naphtali-Stiftung in der Nähe des Rothschild-Boulevards im Herzen des alten Tel Aviv bezog. Er blieb sechs Jahre lang – bis 1985 – und konnte von dort aus das Büro in Israel langsam etablieren. Das war sicher keine leichte Aufgabe, denn noch gab es viele Vorbehalte zu überwinden, und dies trotz der relativ günstigen Startbedingungen für eine sozialdemokratische und gewerkschaftsnahe deutsche Stiftung. Eine wichtige Rolle spielte es deshalb, durch persönliche Kontakte eine Vertrauensbasis für künftige Zusammenarbeit zu schaffen, weniger – wie bei der Arbeit in Entwicklungsländern – Projekte ins Rollen zu bringen. Überspitzt ausgedrückt wartete in Israel niemand auf Ratschläge, schon gar nicht von einem Deutschen. Aus diesen Gründen zeigte die Stiftung anfangs kaum eigenes Profil, sondern betrieb vorrangig die Zusammenarbeit mit israelischen Organisationen, die mit der Gründung von ALE entscheidend an Umfang gewonnen hatte.

Parallel dazu entwickelte sich auch die Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen der israelischen Arbeiterbewegung. Dazu gehörte in erster Linie „Beit Berl“, eine Art pädagogischer Hochschule nördlich von Tel Aviv, zugleich ein geistiges Zentrum politischer und gewerkschaftlicher Arbeit in Israel. Beit Berl stellte so etwas wie eine Kaderschmiede der Arbeitspartei dar, wo viele der von Yossi Beilin initiierten programmatischen Begegnungen zwischen israelischen und europäischen Sozialdemokraten und darüber hinaus Programme der jüdisch-arabischen Verständigung stattfanden. Dazu trug insbesondere auch die intellektuelle Statur des langjährigen Direktors von Beit Berl, Aron Seidenberg, bei.

Bild 10: Ephraim Sneh und Holger Börner in Berlin, 1998



Bild 11: Danny
Wieler, Kibbuz
Magen,
2002

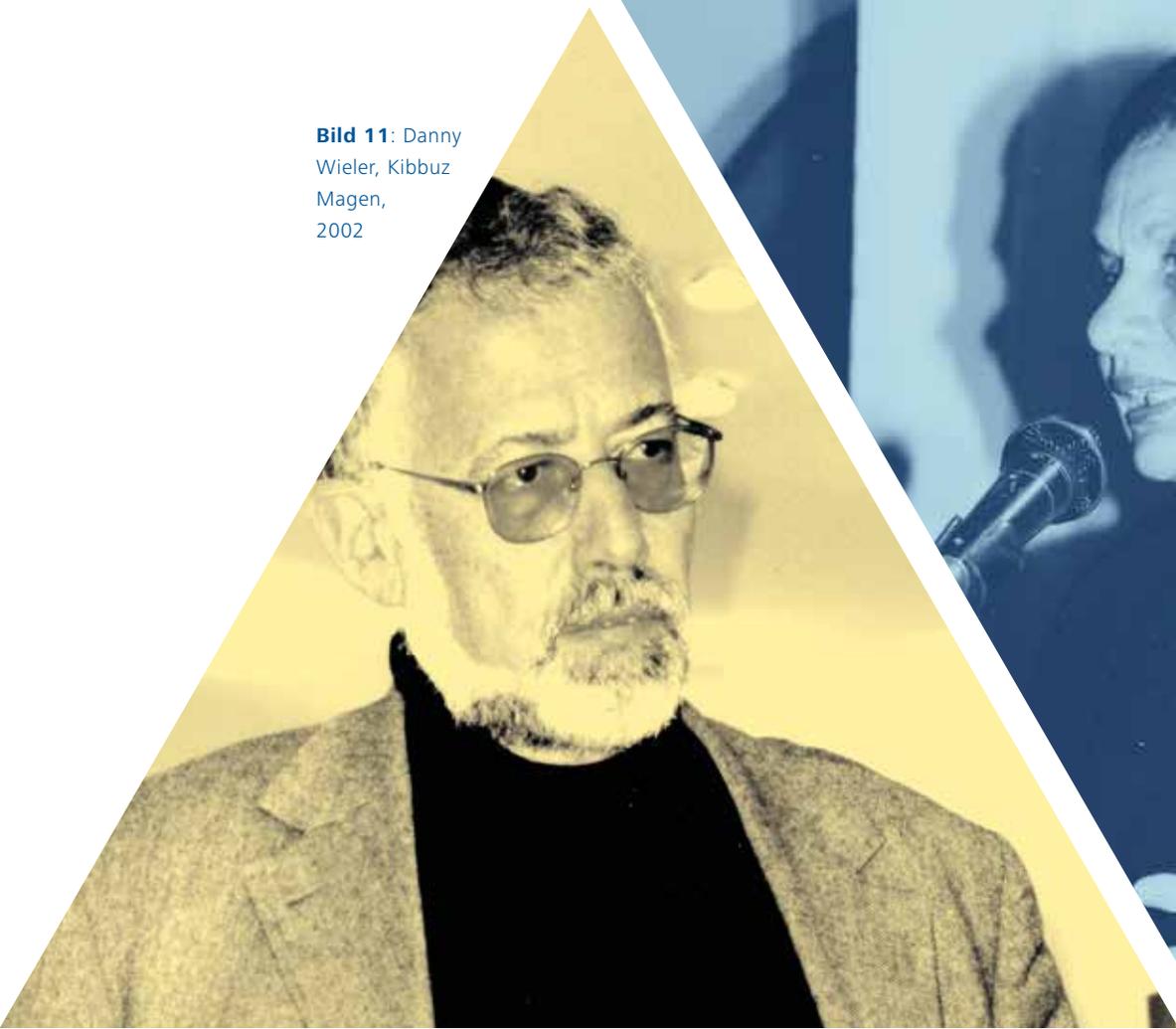


Bild 12: Yaela
Granot in Israel,
1995



Bild 13: Willy Gafni, Abba
Eban, Holger Börner und
Siegfried Bangert in Israel, 1988

Dieses vielfältige Engagement wurde vom damaligen Avoda-Vorsitzenden und Außenminister Shimon Peres anlässlich des zehnjährigen Bestehens des FES-Büros gewürdigt.

„Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den vergangenen zehn Jahren wird von der gesamten israelischen Arbeiterbewegung als entscheidende Förderung aus dem Ausland anerkannt. In diesen zehn Jahren war die Stiftung ebenso in basisnaher Bildungsarbeit in Israel tätig wie auch mit bedeutsamer Förderung an außerschulischen Programmen zur Unterweisung in Demokratie, Toleranz zwischen Juden und Arabern in Israel und politischem und kulturellem Pluralismus beteiligt. Ohne ihre Unterstützung, insbesondere für die 'Golda Meir Association', wären wir nicht in der Lage gewesen, vielen der wichtigsten Herausforderungen in Bildung und Gesellschaft zu begegnen, mit denen die israelische Arbeiterbewegung heute konfrontiert wird.“

Quelle: Reiff, a.a.O., S. 18

Neben der Avoda gab es auch Kontakte zur weiter links stehenden Mapam, die später im Meretz-Bündnis aufging. Das diesem nahestehende Bildungszentrum Givat Haviva hatte sich intensiv der Friedensförderung und der jüdisch-arabischen Verständigung verschrieben. Die von der FES unterstützten Maßnahmen beinhalteten Programme für arabische Lehrer, jüdisch-arabische Begegnungsseminare, Ausbildungsmaßnahmen für arabische Erzieher und Jugendleiter sowie Ausstellungen und Konzerte unter Teilnahme von jüdischen und arabischen Künstlern. Den jüdischen Teilnehmern an Seminaren dieser Bildungsstätte wurden arabische Kultur, Geschichte und Politik nahegebracht, während die arabischen Teilnehmer jüdische Geschichte, den Holocaust und den Zionismus kennenlernten. Mit der langjährigen Direktorin von Givat Haviva, Yaela Granot, und dem Leiter der Internationalen Abteilung, Danny Wieler, entwickelten die Stiftungsvertreter über die Jahre hinweg eine vertrauensvolle Beziehung.

Auf Carstens war 1985 Hans Helmut Duncke als FES-Repräsentant in Israel gefolgt, der schon eine akzeptierte und eingeführte Struktur übernehmen konnte. Dies machte nunmehr auch eine verstärkte Mitsprache bei Kooperationsvorhaben möglich, die in den 1980er-Jahren ständig zunahm. So wurde in dieser Zeit auch die Zusammenarbeit mit dem „Center for Peace in the Middle East“ aufgenommen, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, zu einer friedlichen Lösung der Konflikte im Nahen Osten beizutragen. Unter seinem langjährigen Leiter Willi Gafni konzentrierte sich das Center bei seiner Arbeit insbesondere auf die orientalischen Juden, die als mehrheitliche Anhänger nationalistischer oder religiöser Gruppen und Parteien Friedensvorschläge überwiegend skeptisch gegenüberstanden. Schon seit 1977 förderte das Forschungsinstitut der FES in Bonn ein „Jüdisch-Arabisches Zentrum“ an der Universität Haifa, wo ein relativ hoher Anteil arabischer Studenten eingeschrieben war. Auch dieses Zentrum hatte die Verständigung und Zusammenarbeit von Juden und Arabern zum Ziel und betrieb entsprechende Forschungen über den Nahen Osten und die israelisch-arabischen Beziehungen. Am Zentrum konnten beide Seiten mithilfe der Stiftung Verständigung „lernen und einüben“; das geschah unter anderem auch im „Willi-Eichler-Studentenclub“, benannt nach jenem SPD-Vordenker, der Anfang der 1960er-Jahre als einer der ersten Politiker Kontakte nach Israel geknüpft hatte. Neben der jüdisch-arabischen Verständigung konnten sich die Studenten dort auch mit Fragen des demokratischen Sozialismus im Sinne des Namensgebers vertraut machen. Eine weitere von der FES im Rahmen des Zentrums geförderte Einrichtung war das „Institute for Middle East Studies“, das seit 1985 den Namen des verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann trug. Es verwundert deshalb nicht, dass der mit einer Enkelin Heinemanns verheiratete nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende FES-Vorsitzende (und spätere Bundespräsident) Johannes Rau dieser Kooperation große Bedeutung beimaß und bei seinen zahlreichen Israel-Reisen Haifa fast immer einen Besuch abstattete.

Das war 1988, aber die Probleme der Arbeitspartei waren auch elf Jahre nach ihrer Wahlniederlage noch nicht gelöst. Zwar konnte sie zwischenzeitlich stimmenmäßig mit dem Likud gleichziehen und beteiligte sich an Regierungen der „nationalen Einheit“, doch führte diese Beteiligung vor dem Hintergrund der 1987 ausgebrochenen ersten Intifada und der fortdauernden Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten fast zu ihrer Spaltung. Darüber hinaus verhinderte die Regierungsbeteiligung die dringend notwendige Erneuerung in der Opposition. Ein drastisches Bild der Lage im Herbst 1989 vermittelt ein Rundschreiben des neuen Generalsekretärs der Partei, Michael („Micha“) Harish, an die Parteimitglieder, das auch an die Bonner Stiftungszentrale übermittelt wurde.

In dem Schreiben ist von den „Trümmern der organisatorischen und finanziellen Miswirtschaft, der Verzweiflung und des Gefühls des Verlorengegangenseins“ die Rede, ebenso wie von mangelnder innerparteilicher Demokratie und der Infragestellung von Mehrheitsentscheidungen. Es wird die hohe Verschuldung beklagt, der Verfall politischer Sitten und eine zerstrittene Führung. Harish kommt zu dem Schluss: „Eine echte Erneuerung der Arbeitspartei wird es erst dann geben, wenn es sich in der Realität bewiesen hat, dass die Partei ein Teil des Volkes ist und die Interessen des Volkes vertritt.“ Zwei Monate nach Versendung dieses Schreibens weilte Harish in Begleitung von Akiva Lewinsky und des internationalen Sekretärs der Avoda, Israel Gat, in Deutschland, wo es auch zu einem Treffen mit dem FES-Vorsitzenden Holger Börner und Geschäftsführer Jürgen Burckhardt kam. Dabei bot die Stiftung an, die Partei bei der „Besetzung von Themen“ zu unterstützen, wozu insbesondere die Beziehungen Israels mit der Europäischen Gemeinschaft (EG, später EU) gehörten. Außerdem sollte die FES ihre internationalen Kontakte für Israel nutzbar machen, um der wachsenden internationalen Isolierung des Landes wegen der Siedlungspolitik entgegenzuwirken. Das bezog sich vor allem auf die soeben der sowjetischen Vorherrschaft entronnenen Länder Mittelost- und Osteuropas, aber auch auf Kontakte im nahöstlichen Umfeld, wo die FES in mehreren Ländern vertreten war. Alle diese Maßnahmen machten das dringende Bedürfnis der Israelis nach internationalen Kontakten und zugleich die Möglichkeiten der Stiftung mit ihrem weltweiten Büronetz deutlich.

Doch die Unterstützung für inhaltliche Maßnahmen und die Vermittlung von Kontakten war *ein* Thema, der finanzielle Bedarf der Partei(en) ein anderes. Nicht nur in Israel fehlte oftmals das Verständnis dafür, dass eine direkte Parteienfinanzierung für deutsche politische Stiftungen aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils aus dem Jahre 1986 weder im Inland noch im Ausland möglich war. Der Hinweis, dass es sich bei den Stiftungsfinanzen um öffentliche, vom Deutschen Bundestag bewilligte und von den zuständigen Ministerien sowie vom Bundesrechnungshof eingehend kontrollierte Zuwendungen handele, die nur für bestimmte Projekte verwendet werden dürften, konnte nicht oft genug wiederholt werden.

Hinzu kam, dass auch die Arbeit der Stiftung in Israel Mitte der 1980er-Jahre in den Sog des sogenannten „Flick-Skandals“ um illegale Parteispenden geriet. Auslöser hierfür waren angebliche Überweisungen hoher Geldbeträge der Fritz-Naphtali-Stiftung an die SPD. Sämtliche vor diesem Hintergrund gegen Verantwortliche der FES in Deutschland eingeleitete Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Die Zusammenarbeit mit der Fritz-Naphtali-Stiftung wurde 1991 einvernehmlich beendet. Damit endete eine fast 25-jährige vertrauensvolle Zusammenarbeit, die in der Anfangsphase für die FES von elementarer Bedeutung als „Türöffner“ war und damit auch im Interesse der deutschen Außenpolitik lag, die in dieser Phase den gesellschaftlichen Kontakten besondere Bedeutung beimaß. Wie weit die Stiftung dank dieser Initialunterstützung aus bescheidenen Anfängen gekommen war, zeigt die Tatsache, dass der damalige FES-Vorsitzende Heinz Kühn bei seinem Israel-Besuch im Jahr 1987 äußerst hochrangig empfangen wurde, unter anderem auch von Staatspräsident Chaim Herzog, dessen Sohn Isaac Jahre später zu einem der wichtigsten Partner der FES wurde. Im Übrigen gehörte für alle Stiftungsvorsitzenden nach Alfred Nau und Heinz Kühn, von Holger Börner über Anke Fuchs und Peter Struck bis zu Kurt Beck, ein Israel-Besuch bald nach Amtsantritt zu den selbstverständlichen Gepflogenheiten.

Die stetige Ausweitung der Stiftungsarbeit machte auch eine Erweiterung der Büro-Infrastruktur notwendig. Unter Hans Duncke zog die FES in ein größeres Büro in der Ibn-Gvirol-Straße im Herzen von Tel Aviv, unweit des berühmten Habima-Theaters, dessen Café ein beliebter und bequemer Treffpunkt für politische Gespräche war. In Tel Aviv befanden sich die Hauptquartiere der wichtigsten gesellschaftspolitischen Partner – Avoda, Mapam, Meretz, Histadrut, Kibbuzbewegung – wie auch anderer Partnerorganisationen. Wollte man freilich Knesset-Abgeordnete treffen, was bei politischen Besuchern fast immer der Fall war, musste man siebzig Kilometer auf einer notorisch verstopften Autobahn in die Hauptstadt Jerusalem fahren, wo sich – bis auf das Verteidigungs- und Landwirtschaftsministerium – auch alle Ministerien und natürlich das Ministerpräsidentenamt befanden. Auch personell wurde das FES-Büro aufgestockt: In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre kamen zu dem Buchhalter und der Sekretärin ein wissenschaftlicher Mitarbeiter in Gestalt des klugen Historikers und Journalisten Shlomo Shafir sowie die Büromanagerin Irit Wechselmann und die Finanzsachbearbeiterin Rinat Gimpel. Alle drei prägten für über zwei Jahrzehnte das Gesicht des Israel-Büros mit ihrer freundlichen und kompetenten Art über alle Wechsel der Auslandsmitarbeiter hinweg. 1988 übernahm Peter Adrian die Leitung des Büros (bis 1991), auf ihn folgte kommissarisch für ein Jahr Peter Hünsele.

Indessen kam die Rekonstruktion der israelischen Linken trotz der Bemühungen von Avoda-Generalsekretär Harish und der Unterstützung durch die FES nicht so richtig in Gang. Das hatte auch mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Arbeitspartei zu tun, insbesondere auch zwischen Shimon Peres und Yitzhak Rabin. Es ging dabei vor allem um programmatische Differenzen zwischen „Tauben“ und „Falken“ hinsichtlich des Friedensprozesses und zwischen „Reformern“ und „Bewahrern“ hinsichtlich der Parteiorganisation. Sowohl bei den „Tauben“ als auch bei den „Reformern“ war Yossi Beilin, mittlerweile Knesset-Abgeordneter, der führende Kopf, flankiert in der friedenspolitischen Thematik von Yair Hirschfeld von der Universität Haifa und in Fragen der Parteireform von seinem Knesset-Kollegen Haim Ramon.

Beilin's Ziel war es, „eine eindeutige Friedenspolitik mit einer liberalen gesellschaftspolitischen Kurskorrektur zu verbinden“. Im ersten Bereich plädierten die „Tauben“ schon damals für kleine Schritte in Richtung eines palästinensischen Staates und für Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), wie sie nur wenig später mit den Oslo-Treffen dann auch (geheim) stattfinden sollten – mit wohlwollender Billigung von Yitzhak Rabin, der 1992 Ministerpräsident geworden war und zuvor solchen Ideen eher misstraut, während Peres der Taubenfraktion näher gestanden hatte. Im Parteibereich zielten die Reformbestrebungen unter anderem darauf ab, die bis dahin defacto obligatorische Mitgliedschaft in der Histadrut aufzuheben, ebenso wie die zwangsweise Doppelmitgliedschaft in Histadrut und Kapat Holim, wie sie einige Jahre später von Ramon als Gewerkschaftsvorsitzender dann auch in die Tat umgesetzt wurde.

Diese innerparteilichen Auseinandersetzungen spielten sich vor dem Hintergrund des ersten Golfkrieges 1991 ab, in dem die Palästinenser wegen ihrer offenen Unterstützung für den irakischen Diktator Saddam Hussein einerseits an Sympathien in der westlichen Welt verloren, es andererseits zu einer Radikalisierung der Intifada mit einer Zunahme terroristischer Anschläge kam. Mit der beginnenden Auflösung der Sowjetunion verlor die PLO, wie die arabischen Staaten insgesamt, einen starken Verbündeten, während auf der anderen Seite die Masseneinwanderung sowjetischer Juden nach Israel einsetzte, die das demografische Gewicht des jüdischen Staates enorm verstärkte und langfristig auch die innenpolitischen Gewichte verschob.

Im Gefolge dieser Entwicklungen geriet der von der israelischen (Rechts-)Regierung nach wie vor blockierte Friedensprozess wieder in den Fokus der internationalen wie der israelischen Öffentlichkeit, der dann ab 1992 volle Fahrt aufnehmen sollte. Ein Indiz dafür war der Besuch des Avoda-Vorsitzenden Shimon Peres in Deutschland im März 1991 auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vor 500 Zuhörern in der Bonner Stiftungszentrale an der Godesberger Allee sprach sich Peres für die amerikanische Verhandlungsformel „Land für Frieden“ aus, lehnte aber (noch) die PLO als Gesprächspartner ab. Im Rahmen seines Aufenthalts traf Peres unter anderem mit dem SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, dem SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zusammen. Die FES organisierte darüber hinaus weitere Gespräche mit etwa zwanzig Bundestagsabgeordneten, die größtenteils der Arbeitsgruppe Israel der SPD-Fraktion

Bild 14: Hans-Helmut
Duncke



Bild 15: Heinz Kühn in
der Bundesrepublik
Deutschland, 1967



Bild 16: Hans-Jochen Vogel und Shimon Peres in Israel, 1985



angehörten. Diese war mit dreißig Mitgliedern eine der größten „Länder-AGs“ der Fraktion; ihr Vorsitzender war Hans-Jochen Vogel, was den damaligen Stellenwert Israels für die deutsche Außenpolitik unterstreicht. Die Geschäfte führte sein Stellvertreter Rudi Dreßler, in der Gesamtfraktion als stellvertretender Vorsitzender für Sozialpolitik zuständig, ein engagierter Israel-Freund, der unter der Regierung Schröder Botschafter in Israel werden sollte.

Analog dazu verstärkten sich auch die Bemühungen der FES um eine Förderung des Friedens im Nahen Osten selbst, die in der folgenden Dekade den Schwerpunkt der Israel-Arbeit bilden sollte. Doch galt es, auf die zunächst noch anhaltenden innerparteilichen Probleme der Avoda Rücksicht zu nehmen. Die unterschiedlichen Positionen zwischen den beiden Politikern Peres und Rabin zur Friedenspolitik wurden in einem stiftungsinternen Papier zur Vorbereitung des Peres-Besuchs so charakterisiert:

„Shimon Peres gibt einer Friedenslösung im Zusammenhang mit Jordanien den Vorzug. D.h., dass die von Israel frei zu gebenden besetzten Gebiete oder Teile davon in irgendeiner Form mit Jordanien verbunden sein sollten (Stichwort: Föderation oder Konföderation). Yitzhak Rabin bevorzugt eine Lösung, die in den besetzten Gebieten auf die Palästinenser ‚an sich‘ setzt. Die Palästinenser sollen lokale Vertreter wählen, aus denen im Laufe von drei Jahren sich eine neue politische Führung bilden würde, mit der danach über die Fortsetzung des Prozesses verhandelt würde (stärkere Gewichtung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser). Beide lehnen die PLO ab.“

Quelle: Sprechzettel für Herrn Holger Börner zum Gespräch mit Shimon Peres, 15.3.1991, FES-Archiv.

Der weitere Verlauf der Dinge sollte zeigen, dass Rabins Lösung im Zuge des Oslo-Prozesses den Vorzug erhielt, allerdings *mit* der PLO. Dies wurde möglich, weil Rabin im Frühjahr 1992 in einer Urabstimmung der Parteimitglieder zum neuen Vorsitzenden gewählt worden war – Folge einer von den Reformern um Beilin, Ramon und Harish durchgesetzten Reorganisation der Partei, in deren Folge sich die Mitgliedschaft verdoppelte und deutlich verjüngte. Bei diesen neuen Mitgliedern war Rabin erheblich populärer als Peres, dessen Gefolgschaft eher aus altgedienten Parteifunktionären bestand. Damit und mit der Wahl Rabins zum Ministerpräsidenten Mitte 1992 gewann der Friedensprozess deutlich an Fahrt, und für die FES-Arbeit in Israel zeichnete

sich eine Schwerpunktverlagerung von der „Rekonstruktion der Linken“ hin zur Flankierung des Friedensprozesses ab. Noch im Frühjahr 1991 hatte der Schwerpunkt deutlich auf der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Orientierung mit den wichtigsten Partnern ALE, Histadrut, Givat Haviva, Center for Peace und Gustav-Heinemann-Institut gelegen. Fast zwei Drittel der Projektmittel (rund 1,3 Millionen DM) entfielen auf die Avoda-nahen Bildungseinrichtungen und verschiedene Histadrut-Abteilungen bzw. -Institute. Zählt man die Mittel für Büroinfrastruktur einschließlich Gehälter hinzu, dann gehörte das „Israel-Projekt“, wie es im Zuwendungsjargon hieß, zu den größten in der 1990 neu geschaffenen FES-Abteilung Industrieländer, zu der Israel trotz der geografischen Lage im Nahen Osten gezählt wurde.

Diese Expansion hatte auch Konsequenzen für die Bürostruktur. Da die Zahl der Partner ständig zunahm und das komplizierte Abrechnungswesen kaum noch zu schaffen war, wurde die Prüfung der Abrechnungen mit den Partnern ab 1. Januar 1993 dem Wirtschaftsprüfungsbüro Yehuda und Dani Singer übertragen. Dieses Büro wurde seinem Ruf als „beinharte“ Prüfungsinstanz mehr als einmal gerecht und ersparte dem FES-Auslandsmitarbeiter und seiner Finanzsachbearbeiterin Rinat Gimpel damit viele unnötige Diskussionen; der langjährige Buchhalter Yakir Adler ging zum gleichen Zeitpunkt in den Ruhestand. Schon zuvor war im Juli 1991 mit Paul Pasch, der am Harry S. Truman Institute der Hebräischen Universität in Jerusalem geforscht hatte und fließend hebräisch sprach, ein zweiter Auslandsmitarbeiter mit Zuständigkeit für die Gewerkschaftsarbeit nach Tel Aviv entsandt worden. Diese Verstärkung lag aufgrund der rapide zunehmenden Aktivitäten nahe, hatte aber auch mit den im Juni 1992 anstehenden Wahlen zu tun. Die von der FES angestrebte stärkere Flankierung des Friedensprozesses konnte nur durch einen Machtwechsel in Israel wirksam werden. Eine Unterstützung der Friedenskräfte im Land hatte deshalb Priorität, wie der Stiftungsvorsitzende Holger Börner in einem Brief an Hans-Jochen Vogel am 11.4.1991 erläuterte: „Es geht für unsere Freunde dort jetzt wirklich um eine wesentliche Unterstützung in einer politisch entscheidenden Phase für die weitere politische Entwicklung in Israel.“

Aber schon vor der Wahlentscheidung wurden im September 1991 bei einem Treffen in der Bonner Stiftungszentrale die Weichen für ein langfristiges, konkretes Engagement der FES im Friedensprozess gestellt. Wie meistens war es der vorausschauende Yossi Beilin, der den Anstoß dazu gab. Gemeinsam mit Yair Hirschfeld stellte er in Bonn die von beiden kurz zuvor gegründete „Economic Cooperation Foundation“ vor, die als „Denkfabrik“ neue Impulse für den ins Stocken geratenen Friedensprozess geben sollte. Konkret präsentierten sie auf Anregung des deutschen Botschafters in Tel Aviv, Otto von der Gablentz, den Vorschlag, eine Studie über die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einschließlich der palästinensischen Gebiete anzufertigen. Die Studie war als Beitrag für die Ende des Jahres stattfindende Friedenskonferenz in Madrid gedacht, doch führte diese vor allem wegen der starren Haltung von Ministerpräsident Yitzhak Shamir zu keinem greifbaren Ergebnis. Für die FES war es aber der Beginn einer äußerst fruchtbaren Zusammenarbeit, die während der 1990er-Jahre das „Flaggschiff“ ihrer friedenspolitischen Aktivitäten bildete.



Bild 17:
Uri Avnery, Paul
Pasch, Yossi Beilin
und Anke Martiny in
Israel, 1994

3.

Oslo und die Folgen: Gesellschaftspolitik als Friedenspolitik (1992–2001)

Bei den Wahlen im Juni 1992 wurde die Arbeitspartei mit 34,6 Prozent der Stimmen deutlich stärkste Partei vor dem Likud, der auf 24,5 Prozent abstürzte. Dieser Erfolg war vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: zum einen die Persönlichkeit von Yitzhak Rabin, der auch Wähler der Mitte anzog, galt Rabin doch als „Falke“, der trotz bedingter Kompromissbereitschaft hinsichtlich der besetzten Gebiete keine israelischen Sicherheitsinteressen aufs Spiel setzen würde. Zum anderen stimmten viele Einwanderer aus der früheren Sowjetunion für die Avoda, weil sie ihre sozialen Belange dort besser aufgehoben glaubten. Der Sieg der Linken wurde vervollständigt durch den Erfolg von Meretz, in der sich die linkssozialistische Mapam, die Bürgerrechtsbewegung Ratz und die liberale Shinui zusammengeschlossen hatten; das Bündnis erhielt 9,4 Prozent der Stimmen und wurde drittstärkste Parlamentsfraktion. Beide Parteien bildeten zusammen mit der sephardisch-religiösen Shas-Partei eine Regierungskoalition mit Rabin an der Spitze.

Dieser hatte als Verteidigungsminister in den Regierungen der „nationalen Einheit“ 1984–1990 zwar für den Abzug aus dem Libanon gestimmt, andererseits aber versucht, das Rückgrat der Intifada mit „eiserner Faust“ zu brechen. Rabin war dennoch zu der Überzeugung gelangt, dass die Gewalt letztlich nur mittels politischer Lösungen abgebaut werden könne und Verhandlungen mit den Palästinensern unumgänglich seien. An seiner Ablehnung der PLO und Jassir Arafats änderte sich zunächst nichts. Gespräche mit „autorisierten Bewohnern“ der besetzten Gebiete

hatte Rabin jedoch bereits im Januar 1989 in Erwägung gezogen und vorgeschlagen, Wahlen in Westbank und Gaza durchzuführen.

Doch diese Option erwies sich schon bald als wenig Erfolg versprechend. Die im Gefolge der Madrider Konferenz aufgenommenen Gespräche in Washington mit palästinensischen „Notabeln“ unter Leitung von Haidar Abdel-Shafi und Hanan Ashrawi, später auch Feisal al-Husseini, gerieten im ersten Halbjahr 1993 in die Sackgasse, da deren Entscheidungsspielraum begrenzt war. Nach wie vor war die PLO-Führung in Tunis unter Arafat die in den Augen der Palästinenser einzig legitime Interessenvertretung, die aber zunehmend von der radikal-islamischen Hamas infrage gestellt wurde.

In dieser verfahrenen Situation war es wieder einmal Yossi Beilin, der mit Wissen von Außenminister Peres und stillschweigender Duldung Rabins die Initiative ergriff und mithilfe norwegischer Wissenschaftler und Diplomaten geheime Kontakte zur PLO aufnahm. Als stellvertretender Außenminister trat Beilin zunächst noch nicht selbst bei den Oslo-Gesprächen in Erscheinung, sondern schickte – unter anderem auch mit finanzieller Unterstützung der FES – seine Vertrauten Yair Hirschfeld und Ron Pundak in die norwegische Hauptstadt. Nachdem das Tabu direkter Kontakte mit der PLO gebrochen war und die Gespräche nach sechsmonatiger Dauer eine Erfolg versprechende Grundlage geschaffen hatten, war der Durchbruch da: Im September erfolgte durch Briefwechsel zwischen Rabin und Arafat die gegenseitige Anerkennung von Israel und PLO, und am 13. September wurde in Washington die Israelisch-Palästinensische Grundsatz-

erklärung über die palästinensische Selbstverwaltung („Oslo I“) unterzeichnet, gefolgt vom Autonomieabkommen über Gaza und Jericho im Mai 1994 und dem Interimsabkommen über die Ausdehnung der palästinensischen Selbstverwaltung in der Westbank („Oslo II“) im September 1995. Parallel zur Unterzeichnung dieser Abkommen trat die Hamas ab April 1994 eine Welle brutaler Selbstmordattentate in Israel los. Im Zeitraum zwischen September 1993 und September 1996 wurden 164 Israelis ermordet und Hunderte verletzt. Das war der Stand, als am 4. November 1995 Yitzhak Rabin nach einer großen Friedenskundgebung im Zentrum von Tel Aviv von einem jungen rechtsreligiösen Fanatiker erschossen wurde – ein Schock ohnegleichen für das ganze Land. Diese Schüsse bedeuteten nicht nur den Tod eines großen Mannes, sondern sie läuteten auch das Ende des Friedensprozesses ein, wie sich nur allzu bald herausstellen sollte.

In diesen turbulenten und an dramatischen Ereignissen reichen Jahren leitete Anke Martiny das FES-Büro in Tel Aviv (1992–1996) mit dem Israel-Kenner Paul Pasch an ihrer Seite, der als Projektleiter für die Gewerkschaftskooperation zuständig, aber aufgrund seiner Landes- und Sprachkenntnisse bei fast allen wichtigen Gesprächen und Verhandlungen dabei war. Martiny war als ehemalige Bundestagsabgeordnete und Berliner Kultursenatorin eine der wenigen politischen „Seiteneinsteigerinnen“ in der Auslandsarbeit der Stiftung, so wie es einige Zeit später in der Diplomatie Rudolf Dreßler als deutscher Botschafter in Israel war. Zu Israel gab es eben keine „normalen“ Beziehungen, und wie wichtig politische Signale gerade in dieser Zeit waren, zeigten im Frühjahr 1992 die Ergebnisse einer großen Spiegel-Umfrage. Danach standen nur acht Prozent der Befragten im Nahostkonflikt eher „auf der Seite Israels“, aber 14 Prozent aufseiten der Araber (53 Prozent unentschieden). In diesem Konflikt müsse Israel mehr nachgeben, um Frieden zu schaffen, meinten 25 Prozent, während dies nur sieben Prozent von den Arabern erwarteten (66 Prozent sagten „beide gleich“). Erschreckend für die politische Klasse musste die Antwort auf die Frage sein, ob „das deutsche Volk eine besondere Verantwortung gegenüber den Juden“ habe: nur 33 Prozent bejahten diese Frage, während 42 Prozent dies verneinten.

Diese Ergebnisse stehen in deutlichem Kontrast zum Bekenntnis deutscher Politiker zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel und zum Verständnis für die israelischen Schwierigkeiten, weitgehendere Zugeständnisse im Friedensprozess zu machen. Rudolf Dreßler, der sich schon als führender SPD-Parlamentarier für die deutsch-israelischen Beziehungen engagiert hatte und als Botschafter in Israel außergewöhnlich hohes Ansehen genoss, steht dabei stellvertretend für viele andere.

„Ich habe mir in meinem Leben nie Gedanken machen müssen über die Existenzberechtigung meines Landes, obwohl Deutschland im vorigen Jahrhundert die Welt zweimal an den Abgrund brachte. Meine Sozialisation unterscheidet sich grundlegend von der eines Israelis. Keine tägliche Bedrohung! Keine Aberkennung der Existenzberechtigung! Kein Kampf um den eigenen Staat! Deshalb gebrauche ich das Wort ‚Sicherheit‘ als Schlüsselbegriff für einen Wiedereinstieg in einen konstruktiven Nahostprozess. Die Staatengemeinschaft muss für Israel Sicherheit erarbeiten.“

Quelle: Rudolf Dreßler, Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15/2005, S. 8.

Das Stichwort „Sicherheit“ zieht sich denn auch durch alle Irrungen und Wirrungen des Friedensprozesses im Nahen Osten, und die Frage der Sicherheit verhinderte letztlich immer wieder den entscheidenden Durchbruch. Doch zunächst ging es Anfang der 1990er-Jahre darum, das sich langsam entwickelnde Friedenspflänzchen zu hegen und zu pflegen, und die FES leistete dabei ihren bescheidenen Beitrag. Dieser bestand – noch vor dem Oslo-Abkommen – darin, als quasi neutrale Instanz Kontakte und Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern auf gesellschaftspolitischer Ebene zu ermöglichen, so etwa zwischen den Gewerkschaftern beider Seiten. Das war damals in Zeiten der Intifada und des strikten Kontaktverbots für Israelis alles andere als einfach. So schildert Anke Martiny „eine Art konspiratives Treffen, das erste seit fünfundzwanzig Jahren, bei mir zu Hause“. Die Organisation gestaltete sich äußerst schwierig.

„Der Transport der beiden Palästinenser nach Tel Aviv war sehr dramatisch, weil die Westbank polizeilich abgeriegelt war. Kein Auto mit blauem Nummernschild durfte heraus. Mein Kollege (Paul Pasch) holte die beiden also mit seinem Auto ab, musste aber darauf hoffen, dass das Militär ihn mit seiner Fracht unkontrolliert passieren ließ. So suchte er nach einem Umweg – und befand sich plötzlich inmitten eines palästinensischen Flüchtlingslagers, umringt von aufgebrachten Palästinensern, die seine Anwesenheit in dem israelischen Auto ausgesprochen missbilligten. Die beiden palästinensischen Gewerkschafter verteidigten ihn dann auf Arabisch, und ein palästinensischer Autor wies ihm später freundlich den Weg.“

Quelle: Anke Martiny, Israel – und du wunderst dich täglich, Freiburg 1995, S. 56.

Mit dem Oslo-Abkommen änderten sich die Rahmenbedingungen, und aus dieser Entwicklung ergab sich auch eine Änderung im Profil der Arbeit der FES, wie Anke Martiny im Jahresbericht 1993 notierte: „Nicht nur unsere traditionellen Partnerorganisationen, sondern auch viele andere bemühen sich, die Brücken zwischen Juden und Arabern innerhalb Israels, aber auch zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern zu verstärken.“

Zu diesen Organisationen gehörten das Gustav-Heinemann-Institut, mit dem 1993 zwei Konferenzen über die Lage im Nahen Osten unter Beteiligung von Außenminister Peres durchgeführt wurden, das Yigal-Allon-Center (benannt nach dem früheren Außenminister Israels, der einen Friedensplan entworfen hatte) und vor allem das „Center for Peace in the Middle East“ (CPME), dessen Aktivisten „sich schmeicheln“ könnten, „ideologisch am Zustandekommen des Gaza-Jericho-Abkommens einen gehörigen Anteil zu haben“, so der Jahresbericht weiter.

Merkwürdigerweise fand die „Economic Cooperation Foundation“ von Yossi Beilin nur beiläufige Erwähnung mit der Bemerkung, dass die FES „die Teilnahme der beiden Forscher Dr. Yair Hirschfeld und Dr. Ron Pundak an zwei internationalen Seminaren in Brüssel und Washington“ unterstützte, „wo sie über die Ergebnisse ihrer Untersuchung in Verbindung mit dem Friedensprozess im Nahen Osten Bericht erstatteten“. Diese hölzerne und gewundene Umschreibung diente wohl dazu, den wahren Sachverhalt zu verschleiern, denn es ist anzunehmen, dass die beiden nicht über irgendwelche Forschungen, sondern über ihre anhaltende Verhandlungstätigkeit im Oslo-Prozess „berichteten“. Immerhin wurde dann doch erwähnt, dass beide „an der Vorbereitung des Gaza-Jericho-Abkommens in Oslo intensiv und direkt beteiligt“ waren.

Bild 18: Ehud Barak mit Gerhard Schröder in Berlin, 1999



Bild 19: Veranstaltung der FES mit dem Mossawa Center in Baqa al-Garbiyeh, 2017

Von links nach rechts: Zahira Azab, Birwin Azab, Fadwa Mawassi



Bild 20: Mohammad Darawshe in Israel, 2018



Bild 21: Faisal Azaiza in Israel, 2018

Viel stärkere Berücksichtigung fand etwa Givat Haviva, das unter den Partnerorganisationen der FES „einen immer bedeutenderen Platz“ einnahm. Dort wurde vor allem das Programm „Children teaching Children“ von der Stiftung gefördert, das mit 24 jüdischen und arabischen Schulen zur Verständigung zwischen beiden Volksgruppen schon im Kindesalter beitragen sollte. Ergänzt wurde diese Förderung durch ein arabisch-jüdisches Begegnungsprogramm für Jugendliche und ein Seminarprogramm für arabische Erzieherinnen und Erzieher. Hinzu kamen weitere Initiativen in diesem Bereich, wie das jüdisch-arabische Zentrum an der Universität Haifa und verwandte Maßnahmen am CPME. Diese Schwerpunktsetzung wurde im Projektantrag an das BMZ für die Jahre 1994–1996 so begründet:

„Die Arbeit mit den arabischen Bürgern Israels ist ein, auch nach dem Bekenntnis vieler führender israelischer Politiker, bisher vernachlässigter Teil der politischen Bildung und wird von diesen als die strategische Aufgabe zur Erhaltung des inneren Friedens gesehen. Dabei wird vor allem an das ‚leadership training‘ in den arabischen Gemeinden gedacht, das junge arabische Führungskräfte in die Lage versetzen soll, kommunalpolitische Verantwortung schnell und kompetent übernehmen zu können. Aber auch die Unterstützung von Selbsthilfegruppen in den verschiedensten sozialen Bereichen in den arabischen Gemeinden soll das friedliche Zusammenleben zwischen Juden und Arabern in einem Staat auch für die Zukunft sicherstellen.“

Quelle: Fortführungsantrag, Koordinator Israel, Förderungszeitraum 1994–1996, Bonn 30.6.1993, S. 5.

Diese Schwerpunktsetzung wurde nicht von allen goutiert, vor allem nicht von nach wie vor einflussreichen „Falkenflügel“ der Arbeitspartei, wo man aufmerksam registrierte, dass die meisten von der Stiftung in diesem Bereich geförderten Organisationen zum Dunstkreis der weiter links stehenden Mapam bzw. Meretz gehörten. In dieses Bild passte der Besuch des Mapam-Vorsitzenden Chanan Eres in Bonn im September 1993, für den die FES hochrangige Gespräche mit dem SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau und SPD-Fraktionschef Hans-Ulrich Klose organisierte.

Dass man in der Bonner Stiftungsführung für diese kritische Beobachtung sensibilisiert war, zeigte sich beim Besuch des Vorsitzenden Holger Börner und des Geschäftsführers Jürgen Burckhardt in Israel im Mai 1994. Höhepunkt dieses Besuchs war ein einstündiges Treffen mit Ministerpräsident Yitzhak Rabin in Jerusalem am 24. Mai. In diesem Gespräch suchten die Stiftungsvertreter mögliche Zweifel der israelischen Seite am Stiftungsengagement im jüdischen Staat zu zerstreuen. So wurde eingangs darauf hingewiesen, dass Israel „im Rahmen unserer Auslandsarbeit eines der wichtigsten Arbeitsfelder“ war und bleiben wird, mit einem ungewöhnlich hohen Volumen von jeweils 2,5 bis 3 Millionen DM in den letzten drei Jahren. „Gut zwei Drittel des gesamten Projektvolumens“ kämen den Organisationen der israelischen Arbeiterbewegung (also Avoda und Histadrut) zugute, insbesondere ALE, Beit Berl, Yad Tabenkin. Neben dieser Konzentration auf die Organisationen der israelischen

Arbeiterbewegung fördere die FES „mit wesentlich geringerem Umfang“ Stipendien und Programme der Universität Haifa und begrenzt Bildungsveranstaltungen der Parteistiftung der Mapam und von Givat Haviva sowie des Centers for Peace in the Middle East.

Ein anderer, wesentlich sensiblerer Punkt war die Unterstützung der Palästinenser, die bis dahin über das Stiftungsbüro in der jordanischen Hauptstadt Amman gesteuert wurde.

„Für Projektarbeit hier geben wir bisher nur 130.000 DM pro Jahr aus (also 4 Prozent des Projektvolumens in Israel). Die Europäische Union und die Bundesregierung haben ihr Interesse bekundet, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung sich am Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens auf palästinensischer Seite im Rahmen des Gaza-Jericho-Prozesses beteiligt. Wir sind im Rahmen unserer Aufgabenstellung dazu bereit, jedoch nur unter zwei Bedingungen, die wir den Zuschussgebern gegenüber offenlegen. Zum einen darf es nicht legitimen israelischen Interessen zuwiderlaufen. Und zum anderen dürfen unsere Projekte in Israel darunter nicht leiden. Wir werden also keine bisher für Israel bestimmte Fördermittel umleiten.“

Quelle: Statement für Gespräch mit Yitzhak Rabin am 24.5.1994, 12.00 Uhr, Jerusalem.. (Bonn 1994), S. 3.

Die Stiftungsführung war über die Meinung der israelischen Seite bestens informiert durch Akiva Lewinsky und Israel Gat, die sich beide häufig in Deutschland aufhielten. Lewinsky zeigte im Übrigen großes Verständnis für das Palästinaengagement der FES und befürwortete die Errichtung eines Stiftungsbüros in Ostjerusalem, die 1995 in die Tat umgesetzt wurde.

Laut offiziellem Stiftungsbericht über das Gespräch „begrüßte der Premier das Engagement der FES aufseiten der Palästinenser. Die dortige Förderung gemäßigter und der Demokratie verbundener Kräfte sei auch im wohlverstandenen Interesse Israels.“ Ob er damit auch die Zurverfügungstellung einer öffentlichen Plattform in Deutschland für den Palästinenserführer Yassir Arafat meinte, sei dahingestellt. Dieser hatte kurz nach der Anerkennung der PLO durch Israel im Dezember 1993 in der Bonner Stiftungszentrale von einer „Aussöhnung der Mutigen“ gesprochen, die ohne Pflege und Stabilisierung von außen „beim nächsten Sandsturm umkommen“ müsse, wie das FES-Info zitierte. Ein halbes Jahr zuvor hatte Shimon Peres an gleicher Stelle vor 500 Zuhörern einen Vortrag gehalten, in dem er vor allem für eine aktivere Rolle Europas und Deutschlands im Friedensprozess plädierte.

Doch gab es in Israel auch noch ein Leben neben dem Friedensprozess, der den Blick der internationalen Öffentlichkeit auf die internen Probleme des Landes verstellte. Dort vollzog sich nämlich im Mai 1994, wenige Tage vor dem Besuch der FES-Führung, eine kleine Revolution: Zum ersten Mal seit ihrer Gründung wurde die Histadrut nicht mehr von der Arbeitspartei geführt. Bei den fälligen Vorstandswahlen am 10. Mai erhielt eine von dem Knessetabgeordneten Haim Ramon angeführte Liste aus Avoda-Abtrünnigen (wie Ramon selbst), Meretz und ultra-orthodoxer Shas-Partei die Mehrheit, während sich die Arbeitspartei mit dem ungewohnten Status eines Juniorpartners begnügen musste. Die Gewerkschaft stand damit vor dem

„größten personellen, politischen und programmatischen Umbruch ihrer Geschichte“, wie Paul Pasch in seinem Jahresbericht vermerkte. Dies führte zu einer Straffung der Organisation und zum Abstoßen der Reste von Gemeinwirtschaft, aber auch zu einem dramatischen Mitgliederverlust aufgrund der Trennung von Gewerkschafts- und Krankenkassenmitgliedschaft. Die Reformerguppe um Beilin, Ramon und anderen hatte damit zwar ein Etappenziel erreicht, aber um den Preis der Schwächung der Gewerkschaften, was letztlich auch die Machtposition der Avoda untergraben sollte und nach Meinung von Kritikern auch zu einer dauerhaften Schwächung der Arbeitnehmerposition in der israelischen Gesellschaft geführt hat. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ging nach der Reform die bewährte Kooperation mit der Histadrut weiter, wenn auch zum Teil mit neuen Gesichtern, vor allem mit Haim Ramon als Vorsitzendem.

Wie sehr die Histadrut als Machtbasis fehlte, sollte sich für die Arbeitspartei schon bald schmerzlich bemerkbar machen. Mit der Ermordung von Yitzhak Rabin im November 1995 begann in Israel wieder einmal eine turbulente Zeit. Zunächst sah es so aus, als ob der Schock sich zugunsten der Avoda (und damit des Friedenslagers) auswirken würde. So schrieb Anke Martiny in ihrem Jahresbericht optimistisch, dass „laut allen Umfragen Peres bei den bevorstehenden Direktwahlen seinen Widersacher vom Likud (Benjamin Netanyahu) eindeutig überflügelt“ und dass die Arbeitspartei ihre Mehrheit gegenüber dem Likud „konsolidiert“ habe. Umso größer war der Schock, als bei den Wahlen im Mai 1996 Netanyahu mit 50,4 Prozent der Stimmen über Peres siegte, der wieder einmal seinem Ruf als ewiger Wahlverlierer gerecht wurde. Zwar blieb die Avoda mit 26,8 Prozent knapp stärkste Partei vor dem Likud, doch insgesamt verlor das linke (Friedens-) Lager seine Mehrheit in der Knesset, und Netanyahu konnte eine Koalition aus rechtssäkularen und -religiösen Parteien bilden, die nichts Gutes für den Friedensprozess verhieß.

Ohne den Friedensprozess aus den Augen zu verlieren, stand für die FES jetzt wieder die Beratung und Unterstützung der Arbeitspartei als entscheidender Stütze des Friedenslagers auf der Tagesordnung. Der Schock der Niederlage war zwar nicht mehr ganz so groß wie 1977 – inzwischen hatte man ja auf den harten Oppositionsbänken gesessen –, aber dafür war die Histadrut als Rückfallposition und Machtbasis weggefallen. Die dafür verantwortlichen Reformer um Beilin und Ramon (der wieder in die Avoda zurückgekehrt war) hielten sich aber nicht lange mit Schuldzuweisungen auf, sondern forderten jetzt umso mehr die programmatische und personelle Erneuerung auch der Partei und erhofften sich dafür die Unterstützung der FES. Dies stieß beim neuen Büroleiter Winfried Veit auf offene Ohren, der zunächst das in der zweiten Jahreshälfte gestartete Projekt „Senat“ unterstützte, eine Serie von Hintergrundpapieren mit dem Ziel, „die wichtigsten Entscheidungsträger im Lande – darunter alle Knessetabgeordneten – mit aktuellen, politikgerecht aufbereiteten und präzisen Informationen zu bestimmten öffentlich diskutierten Themen zu versorgen“, wie es im Jahresbericht 1996 hieß. Das Projekt stand unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Staatspräsidenten Chaim Herzog und wurde vom wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut IIESR (später Macro Center for Political Economics) unter Leitung von Roby Nathanson umgesetzt, der immer mehr zu einem der wichtigsten Partner der FES in Israel wurde.

„Es ist offensichtlich, dass die Zusammenarbeit mit der FES aufgrund der neuerlichen Oppositionsrolle der Arbeitspartei an Bedeutung gewonnen hat. Die Arbeitspartei hat ein deutliches Profil in der Friedenspolitik; in den – für die Mehrheit der Israelis offensichtlich wichtigeren – innenpolitischen Fragen, wie Wirtschafts- und Sozialpolitik, Integration der Einwanderer, Verhältnis zu den Religiösen, fehlt es an konzeptionellen Gegenentwürfen zur Regierungspolitik. Von der FES wird deshalb erwartet, dass sie Beiträge zu einer konstruktiven Oppositionspolitik durch die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und die Beisteuerung externen Sachverständes leistet.“

Quelle: Winfried Veit, Zur Lage der israelischen Arbeitspartei und den Perspektiven der Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Tel Aviv, 14. August 1996, S. 3.

Bild 22: Von links: Suheir al-Manasra, Yair Hirschfeld und Winfried Veit in Freiburg, 1999





Bild 23: Besuch von Sigmar Gabriel in Israel, 2002. Von links: Colette Avital, Sigmar Gabriel, Eli Goldschmidt



Bild 24: Rudolf Dreßler und Hermann Bünz in Israel, 2005

Im Vorfeld der im Juni 1997 stattfindenden Direktwahl des Parteivorsitzenden organisierte die Stiftung Konferenzen und Begegnungen zwischen den vier Kandidaten und führenden westeuropäischen Sozialdemokraten, darunter der frühere französische Ministerpräsident Michel Rocard und der SPD-Wirtschaftspolitiker Bodo Hombach. Dabei ging es vor allem um die in Israel wichtige Frage der Modernisierung von Staat und Gesellschaft bei gleichzeitiger Sicherung eines starken Wohlfahrtsstaates. Sieger bei der Wahl wurde mit über 50 Prozent der Stimmen der ehemalige Generalstabschef Ehud Barak, dem man ehestens zutraute, Netanyahu zu schlagen und dann Frieden zu schaffen, ohne die Sicherheit zu gefährden, ähnlich wie seinerzeit Rabin, als dessen Erbe sich Barak sah. Beilin errang mit 28 Prozent einen Achtungserfolg, hatte aber als „Taube“ keine Chance bei der Sicherheitsfixierten Mehrheit der Parteimitglieder.

Der neue Parteivorsitzende war trotz seiner militärischen Prägung durchaus kein „sturer Kommisskopf“, sondern präsentierte sich in der schon bald einsetzenden Zusammenarbeit mit der FES als interessierter Denker, der die Möglichkeiten der Stiftung gezielt nutzte. Sein Interesse galt in den zwei Jahren bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten vor allem den sozialdemokratischen Strategien und der europäischen Modernisierungsdebatte, die er etwa 1998 in Gesprächen mit dem stellvertretenden FES-Vorsitzenden Johannes Rau (der ein Jahr später zum Bundespräsidenten gewählt wurde) und dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe erörterte. Barak hatte das große Defizit der Avoda, nur Antworten für den Friedensprozess, nicht aber auf die anderen gesellschaftlichen Herausforderungen bereit zu halten, nicht nur erkannt, sondern versuchte, dieses Defizit auch zu beseitigen. Er tat dies, indem er seinen Mitkonkurrenten beim Parteireferendum, Shlomo Ben-Ami, einen Geschichtsprofessor und ehemaligen Botschafter in Spanien, als „soziales Gewissen“ engagierte, wie Kritiker spöttisch bemerkten.

Doch das sollte sich als kluger Schachzug des versierten Schachspielers Barak entpuppen: Ben-Ami verband nicht nur klassische sozialpolitische Themen mit einem modernen Ansatz, sondern war als einer der wenigen sephardischen Avoda-Führer in der Lage, Stimmen aus diesem überwiegend rechts-religiös orientierten Lager zu rekrutieren. Auch Ben-Ami nutzte die Möglichkeiten der FES und war die treibende Kraft hinter einer großen, von der Stiftung organisierten internationalen Konferenz im Januar 1999 mit führenden Denkern, wie dem Philosophen Jürgen Habermas, dem amerikanischen Sozialphilosophen Michael Walzer und dem französischen Historiker Jacques Julliard. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie die israelische Linke mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen neue Wählerschichten erschließen könnte. Dies gelang nicht zuletzt dank der „sozialen Kompetenz“ des auf Platz Eins der Avoda kandidierenden Ben-Ami. Bei den Wahlen zum Ministerpräsidenten im Mai 1999 schlug Barak mit 56 Prozent der Stimmen klar den Amtsinhaber Netanyahu. Weniger deutlich fiel der Sieg der Arbeitspartei aus, die mit 26 Mandaten (von 120) zwar stärkste Partei blieb, aber für die Regierungsbildung eine Mammutkoalition aus sieben, z.T. antagonistischen Parteien bilden musste.

Mit dem Wahlsieg von Barak nahm der Friedensprozess wieder an Fahrt auf, doch zunächst hieß es, die neu errungene Machtposition zu festigen und die innergesellschaftlichen Voraussetzungen für die notwendigen Kompromisse einer Friedenslösung zu schaffen. Der Ministerpräsident interessierte sich stark für die damals in Europa geführte Debatte um einen „Dritten Weg“ zwischen radikalem Marktliberalismus und einem Sozialismus alter Prägung und nahm die Beratungsangebote der FES gerne an, unter anderem im September 2000 bei einem ausführlichen Meinungsaustausch mit dem „Chef-Theoretiker“ des Dritten Weges, Antony Giddens, und dem FES-Abteilungsleiter Thomas Meyer. Vom gleichfalls anwesenden FES-Büroleiter Winfried Veit erbat Barak konkrete Informationen über die seinerzeit von der Regierung Schröder in Deutschland in Gang gebrachten Reformen. Doch Baraks Amtszeit betrug mit nicht einmal zwei Jahren, viel zu kurz, um entscheidende Akzente in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu setzen. Dazu kam der Widerstand der Histadrut, die sich unter ihrem neuen Vorsitzenden Amir Peretz von einem „Staat im Staate“ zu einer militanten Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten entwickelte. Die FES kooperierte weiter mit der Histadrut, unter anderem bei der Unterstützung der Hatikva-Konferenz, einem Diskussionsforum von Regierung, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Fachleuten über den Zustand der Gesellschaft und den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs des Landes. Dazu lieferte die Stiftung auch eigene Beiträge, wie die FES-Jugendstudie 1998 und – in den Jahren 1999/2000 – das Szenario-Planspiel „Israel 2025“, in dem vieles von der späteren Entwicklung vorweggenommen wurde.

Ein weiterer Bereich, der in der Stiftungsarbeit zunehmend an Bedeutung gewann, war die Frauenförderung, die seit 1996 von der Projektleiterin Türkan Karakurt verantwortet wurde und die mit der Frauenorganisation der Histadrut, Na’amat, eine der wichtigsten Partnerorganisationen in diesem Bereich hatte. Parallel dazu wurde mithilfe der FES 1999 das „Frauenparlament“ auf Initiative der „grünen“ Bürgermeisterin von Herzliya, Yael German, als frauenpolitisches Dialogforum etabliert (das Stiftungsbüro war schon 1997 nach Herzliya, einem nördlichen Vorort von Tel Aviv, verlegt worden).

Doch war es in erster Linie der Friedensprozess, der mit dem Wahlsieg von Ehud Barak auch für die FES wieder in den Fokus rückte. Allerdings hatte man auch in den „bleiernen Jahren“ der ersten Regierung Netanyahu (1996–1999) weiterhin Friedensprojekte gefördert und sogar neue entwickelt. Das galt vor allem für die „Cooperation North“, dem Zusammenschluss der palästinensischen Region von Jenin und der angrenzenden israelischen Distrikte von Gilboa und Beit Shean zu einem Verbund grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Treibende Kraft hinter diesem Abkommen war die Economic Cooperation Foundation von Yair Hirschfeld, der im Gouverneur von Jenin, Suheir al-Manasra, einen zuverlässigen Partner auf palästinensischer Seite gewonnen hatte. Das von der FES vielfältig geförderte Projekt entwickelte sich in der kurzen Amtszeit von Barak äußerst positiv, doch mit dem Scheitern der Friedensgespräche in Camp David im Juli 2000 und dem Ausbruch der zweiten Intifada nur wenige Monate später verschlechterten sich die Verhältnisse rapide. Nach dem Wahlsieg von Ariel Sharon im Februar 2001 brach die Kooperation vollends zusammen. Damit begann auch die bis heute anhaltende Hegemonie der politischen Rechten in Israel und die damit verbundene Stagnation im Friedensprozess.

4.

„Nicht in, aber von Europa“ – Europäische und internationale Perspektiven (2001–2011)

Das Jahr 2001 steht für eine tiefgreifende Wende in der kurzen Geschichte Israels. Nicht nur brach der Friedensprozess zusammen, es begann auch eine Serie mörderischer Selbstmordanschläge, die letztlich den Bau von Grenzbefestigungen zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten bewirkten. Damit verbunden waren die zunehmende Isolierung Israels im Nahen Osten und eine stärkere Hinwendung zu Europa, obgleich die regierende israelische Rechte für die Europäer wegen ihrer „Schwäche“ und ihrer „proarabischen“ Haltung im Allgemeinen nur Verachtung übrig hatte. Das bekam auch der grüne Außenminister Joschka Fischer zu spüren, der in dieser politisch heißen Zeit Israel und den Nahostkonflikt quasi zu einer Herzensangelegenheit machte und die Region vielfach besuchte, ohne freilich viel bewirken zu können. Das lag gewiss nicht an seiner Persönlichkeit, denn Fischer genoss Vertrauen auf beiden Seiten, sondern vielmehr an den Verhältnissen.

„Gerade weil Fischer den Nahen Osten seit langer Zeit kennt, weiß er, dass eine deutsche Regierung, allemal der Außenminister, niemals so viel Einfluss wird entwickeln können, wie es nötig ist, um wirklich zu vermitteln. Das hat weniger mit der deutschen Vergangenheit zu tun, als mit den politischen Machtverhältnissen. Unter allen

ausländischen Partnern ist und bleibt Amerika mit weitem Abstand der wichtigste für Israel und der einflussreichste.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 2002.

Fischer trat gewissermaßen in die Fußstapfen von Johannes Rau, der in den 1980er und 1990er-Jahren über die Sozialdemokratie hinaus die zentrale Figur in den deutsch-israelischen Beziehungen gewesen war. Als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, stellvertretender SPD-Vorsitzender und nicht zuletzt als langjähriger stellvertretender FES-Vorsitzender wirkte er unermüdlich für die deutsch-jüdische Verständigung. Israel wurde ihm quasi zu einer zweiten Heimat, wo er zahlreiche enge Freunde hatte, unter denen Dov Ben-Meir, langjähriger führender Gewerkschafter und Knesset-Vizepräsident, eine besondere Stellung einnahm. Bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Mai 1999 besuchte Rau den jüdischen Staat mehr als dreißigmal, und als erstes deutsches Staatsoberhaupt wurde ihm im Februar 2000 die Ehre zuteil, in der Knesset auf Deutsch reden zu dürfen. Neben Fischer besuchten nach der politischen Wende in Israel auch mehrere SPD-Minister der 1998 gebildeten rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder Israel, für die das FES-Büro Gespräche und Informationsprogramme organisierte.

Bild 25: Johannes Rau
in Israel, 1998

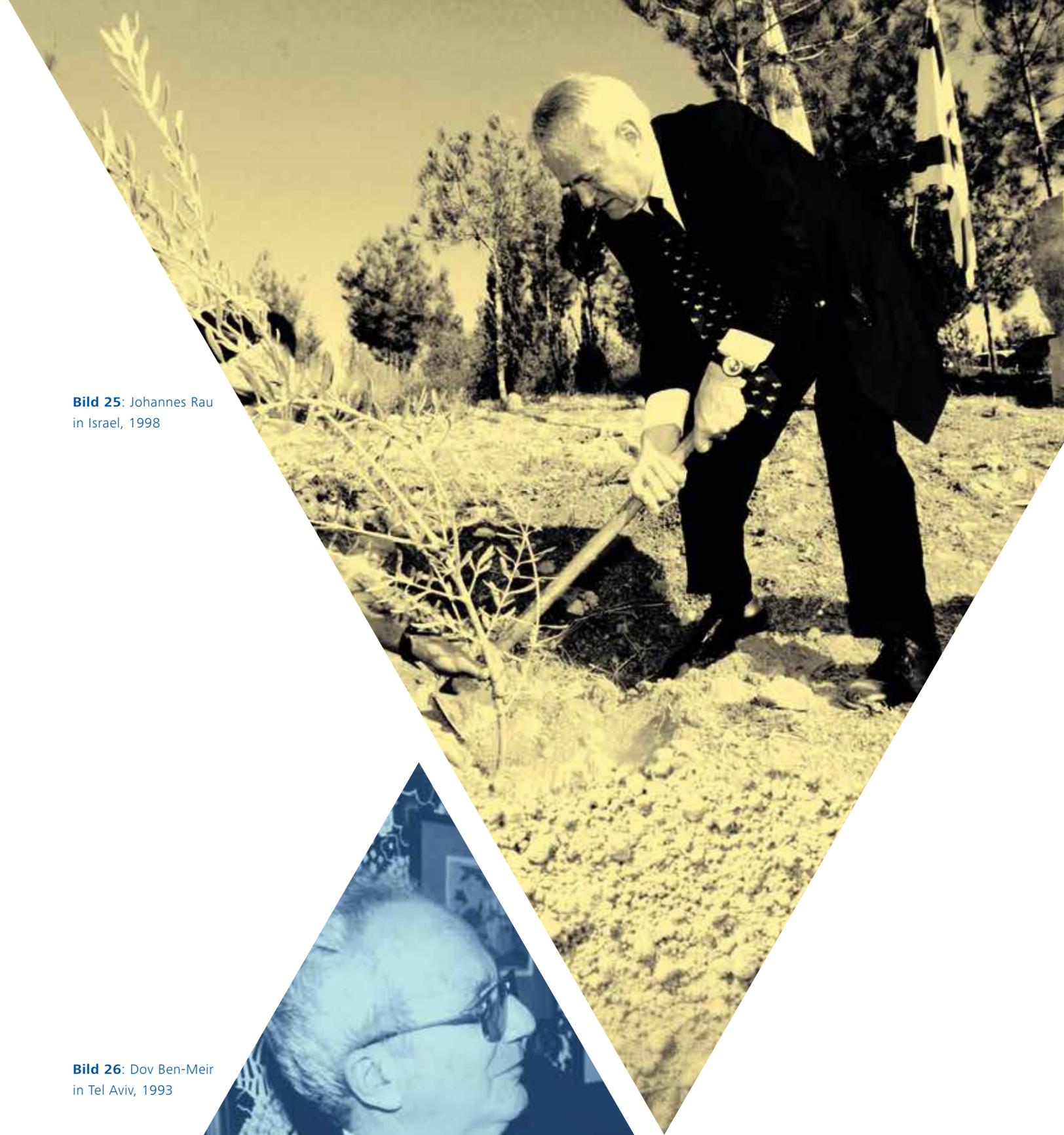


Bild 26: Dov Ben-Meir
in Tel Aviv, 1993





Bild 27: Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden (IPPC) in Berlin, 2002.
Hintere Reihe (von links): Ghassan Khatib, Samir Rantisi, Ghazi Hanania, Daniel Levy. Vordere Reihe (von links): Yael Tamir, Yossi Beilin, Daniela Beilin



Bild 28: Ralf Hexel, Roby Nathanson, Christoph Mosbauer und Stephan Stetter in London, 2010

Das hatte auch damit zu tun, dass die Avoda zunächst in die von Sharon gebildete „Regierung der nationalen Einheit“ mit Peres als Außenminister eingetreten war. Doch schon im November 2002 ging die Partei in die Opposition, um bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Januar 2003 eine verheerende Niederlage einzustecken: Mit nur noch 19 Sitzen (14,5 Prozent) fiel sie weit hinter den Likud mit 40 Mandaten zurück. Dass auch Meretz Sitze verlor, Yossi Beilin bei der Kandidatenaufstellung der Avoda nicht mehr zum Zuge kam und bald zu Meretz überwechselte, stand symbolisch für die – wie sich bald herausstellen sollte – dauerhafte Schwächung des Friedenslagers und die Hegemonie der Rechten.

Die friedenspolitische Arbeit der FES war damit zwar nicht am Ende, doch mussten angesichts der desolaten Lage und der zunehmenden Isolierung des jüdischen Staates neue Ansätze und Perspektiven verfolgt werden. Diese konnten wegen der friedenspolitischen Blockade im Inneren nur in stärkerer internationaler, vor allem europäischer Orientierung der Projektarbeit liegen. So unterstützte die FES mehrere Initiativen, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen internationaler Intervention befassten: In Kooperation mit ECF und dem „Chaim Herzog Center for Middle East Studies and Diplomacy“ an der Universität Beer Sheva fanden 2002 zwei Studien- und Informationsreisen auf den Balkan statt, die in Zusammenarbeit mit den FES-Büros in Sofia und Belgrad organisiert wurden. Interessiert waren die Israelis vor allem am Modell des „internationalen Protektorats“ im Kosovo als mögliche (Übergangs-) Lösung für die Palästinenser, die sich allerdings wegen der starren Haltung beider Konfliktparteien als illusorisch erwies. Unter die Rubrik „lessons learnt“ fiel auch ein Aufenthalt einer israelisch-palästinensischen Gruppe um Beilin und den PLO-Minister Saeb Erekat in Südafrika, um die Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktlösung aus erster Hand, nämlich von Südafrikas Präsident Thabo Mbeki, zu erfahren. Der unermüdliche Beilin war neben dem palästinensischen Ex-Minister Jasser Abed Rabbo auch die treibende Kraft hinter der „Israelisch-Palästinensischen Friedenskoalition“, die im Mai 2002 in Berlin den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung erhielt, wobei Außenminister Fischer die Laudatio hielt und die Preisträger von Bundespräsident Rau empfangen wurden. Daraus ging die Genfer Initiative hervor, die einen detaillierten Friedensplan ausarbeitete, der bis heute als Blaupause für eine endgültige Friedensregelung im Nahen Osten gelten dürfte.

Der Irak-Krieg Anfang 2003, die anhaltenden Unruhen in den palästinensischen Gebieten und die fortgesetzte israelische Siedlungspolitik verschärften die Isolierung Israels in seinem Umfeld, dem Nahen Osten. Mit den Ländern, die einen Friedensvertrag mit Israel abgeschlossen hatten, wie Ägypten und Jordanien, herrschte nur ein „kalter Frieden“. Auch wenn die USA nach wie vor der engste Verbündete Israels und die entscheidende Kraft bei einer möglichen Friedenslösung waren, so war es doch im israelischen Interesse – über das Friedenslager hinaus –, die Verbindung mit Europa zu stärken. Denn, wie der deutsch-israelische Historiker Dan Diner einmal bemerkte: „Israel ist nicht in, aber von Europa“. Das bezog sich natürlich auf die Tatsache, dass der größte Teil der in das damalige Palästina eingewanderten Juden aus Europa kam und die Europäer direkt und indirekt verantwortlich für die israelische Staatsgründung waren: die Engländer mit ihrem Versprechen einer jüdischen

Heimstatt in der Balfour-Deklaration, die Deutschen mit dem Holocaust, der aller Welt deutlich machte, dass das jüdische Volk einen eigenen Staat brauchte, in dem es in Sicherheit leben konnte.

Ähnlich wie in der Anfangsphase der Stiftungsarbeit in Israel ging es angesichts der sich verschlechternden Beziehungen auf Regierungsebene wieder darum, die gesellschaftlichen Kontakte zu verstärken – diesmal mit dem Fokus auf Europa. Schon in der Zeit von Anke Martiny waren vereinzelt europäische Fragen aufgegriffen und unter Winfried Veit vertieft worden. So gab es schon in den frühen 1990er-Jahren in Brüssel Programme für Israelis und Palästinenser, doch die zunächst entstandene Hoffnung, dass sich Elemente der EU-Politik auf die politischen Auseinandersetzungen zwischen den nahöstlichen Kontrahenten auswirken könnten, wurde durch den alltäglichen Wahn der Gewalt enttäuscht. Dennoch setzten die beiden FES-Büros in Brüssel und Tel Aviv ihre Zusammenarbeit mit gemeinsamen Konferenzen und EU-Besuchsprogrammen fort. Allerdings scheiterte letztlich der Versuch der beiden Stiftungsbüros, durch Vermittlung der EU-Institutionen eine gemeinsame Plattform für Israelis und Palästinenser zu schaffen. So konzentrierte man sich wieder auf getrennte Maßnahmen für beide Seiten zur fachlichen Stärkung und zur politischen Anbindung an die EU. Noch bevor Winfried Veit Israel verließ, legte er im Frühjahr 2003 gemeinsam mit seinem Nachfolger Hermann Bünz den Grundstein für das „Israeli European Policy Network“ (IEPN), das in den folgenden Jahren einen der Schwerpunkte der FES-Arbeit in Israel bilden sollte. Bünz war für diese Aufgabe geradezu prädestiniert, hatte er doch viele Jahre das Stiftungsbüro in Brüssel geleitet und die oben erwähnten Programme mit initiiert.

Die Gründung des IEPN ging vom Postulat aus, dass sowohl Israel als auch die EU ein strategisches Interesse an einer schrittweisen Vertiefung der bilateralen Beziehungen hatten. Ziel der Initiative war es zunächst, ein Netzwerk von israelischen und europäischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern, NRO- und Medienvertretern, Männern und Frauen, aufzubauen, in dessen Rahmen auf regelmäßigen Arbeitstreffen Modelle der zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Seiten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet werden sollten. Das IEPN beruhte auf zwei zentralen Achsen: einem „Israel-Zirkel“ in Europa, in dem sich Politiker und Experten aus verschiedenen europäischen Ländern regelmäßig trafen und Papiere ausarbeiteten, und einem „Europa-Zirkel“ in Israel, in dem die gleiche Arbeit im Hinblick auf Europa geleistet wurde. Die jeweiligen Zirkel trafen sich mehrmals im Jahr und unregelmäßig auch zu Sitzungen, auf denen gemeinsame Publikationen und Stellungnahmen vorbereitet wurden. Eine zentrale Rolle spielten auf israelischer Seite Roby Nathanson mit seinem Macro Center for Political Economics, auf deutscher Seite Stephan Stetter, Professor an der Bundeswehr-Hochschule in München. In den ersten Jahren befasste man sich unter anderem mit der Umsetzung des „EU-Israel Action Plan“ im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Frage, ob und wie die EU sich stärker friedenspolitisch engagieren könnte, eine angesichts des „zweiten Libanonkriegs“ im Sommer 2006 durchaus berechtigte Frage, die später tatsächlich in ein europäisches Engagement beim „peacekeeping“ an der israelischen Nordgrenze führen sollte.



Mit dem „Aktionsplan“ war Israel zwar näher an die EU gerückt, doch da dieser Bestandteil der Europäischen Nachbarschaftspolitik war, wurde das Land – zunächst im Rahmen des Barcelona-Prozesses, ab 2008 innerhalb der „Union für das Mittelmeer“ – zusammen mit seinen arabischen Nachbarn quasi „in einen Topf geworfen“, was sich als nicht realistisch erwies. Israel war die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten und im Unterschied zu seinen Nachbarn ein moderner Industriestaat, der gerade wegen dieser Einzigartigkeit wie ein Fremdkörper in der Region wirkte und von den Nachbarn auch als solcher betrachtet wurde.

„Die Bedürfnisse Israels sind wesentlich anders als die seiner Nachbarn, und deshalb kann die EU kaum eine regionale Union für eine effiziente Entwicklung und für Fortschritte in ihren Beziehungen mit Israel benutzen. Darüber hinaus hat Israel andere Dinge zu bieten als seine Nachbarn; Israel stellt die EU nicht vor einige der Probleme, die diese haben, wie die Gefahr eines großen Stroms von Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern.“

Quelle: Roby Nathanson/Stephan Stetter (Hg.), *Renewing the Middle East. Climate Changes in Security and Energy and the New Challenges for EU-Israel Relations*, IEPN, Herzliya 2008, S. 244.

Neben dem IEPN beschäftigt sich ein weiterer Kooperationsstrang, in diesem Fall zusammen mit der Hochschule „Interdisciplinary Center Herzliya“, mit Fragen der israelisch-europäischen Beziehungen. An einer ersten Konferenz mit FES-Beteiligung in Herzliya Anfang 2002 nahmen von europäischer Seite Außenminister Fischer, der belgische Außenminister Louis Michel und EU-Kommissar Frits Bolkestein teil; die israelische Seite war außergewöhnlich hochrangig mit Finanzminister Netanyahu, Wirtschaftsminister Ehud Olmert und dem Avoda-Vorsitzenden Shimon Peres vertreten. Olmert, der wenige Jahre später Ministerpräsident werden sollte, gab die Richtung an: Israel müsse sich vorsichtig auf die EU zubewegen, ohne ihr als Vollmitglied beizutreten und unter Beibehaltung der besonderen Beziehungen

Bild 29: Thomas Oppermann (linke Seite) und Zehava Gal-On (rechte Seite), Jerusalem 2016

mit den USA. Auf der folgenden Konferenz verkündete Ministerpräsident Ariel Sharon den Abzug der jüdischen Siedler aus Gaza. Die Herzliya-Konferenz entwickelte sich im Laufe der Zeit zur wichtigsten sicherheitspolitischen Konferenz in Israel, die prominente amerikanische Politiker gerne als Plattform nutzten, während dies auf die europäische Beteiligung nicht in gleichem Maße zutraf; rühmliche Ausnahmen bildeten unter anderem die SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier, Karsten Voigt, Gert Weisskirchen, Thomas Oppermann und Dietmar Nietan.

Ein weiterer Beitrag der FES zur Stärkung der israelisch-europäischen Beziehungen war ein jährlich stattfindender Nahost-Workshop in Brüssel, der einen informellen Dialog zwischen israelischen, palästinensischen und europäischen Entscheidungsträgern und Beratern ermöglichte.

Trotz dieser Bemühungen (und derjenigen vieler anderer Organisationen und Institutionen) blieb das europäisch-israelische Verhältnis nie spannungsfrei, was auch daran lag, dass die traditionellen „Israelfreunde“ wie Deutschland innerhalb der EU zunehmend in die Minderheit gerieten. Aber auch Deutschland war immer wieder Ziel der Kritik vonseiten der israelischen Rechten, so auch im Mai 2005 auf einer Stiftungskonferenz in Berlin anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, an der unter anderem der SPD-Partei- und Fraktionschef Franz Müntefering und die FES-Vorsitzende Anke Fuchs teilnahmen. Die zunehmende Kritik an Maßnahmen der Stiftung, wie sie auch von amerikanisch-jüdischen Organisationen ausgeübt wurde, veranlasste schließlich den Nahost-Referatsleiter Andrä Gärber, im August 2007 in einem Papier („Die FES in der Kritik“) diese Vorwürfe minutiös zu entkräften und die Haltung der Stiftung zu verdeutlichen: „Grundsätzlich gilt, dass das Engagement der FES in der Region getragen wird von der genuinen Verantwortung gegenüber Israel, dem Eintreten für die Sicherheit Israels, dem Bemühen um die friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen bzw. israelisch-arabisch-islamischen Konflikts und dem Interesse an guten, nachbarschaftlichen Beziehungen mit der arabisch-islamischen Welt.“



Ganz im Sinne dieses Engagements hatte die FES schon ab 2001 eine israelisch-palästinensische Initiative in Form des „Jerusalem-Berlin-Forums“ ins Leben gerufen. Ziel war es, realistische Zukunftsmodelle für den Status der Stadt Jerusalem unter Hinzuziehung der Erfahrungen Berlins als geteilte Stadt zu entwerfen. Die erarbeiteten Szenarien wurden im September 2006 in Berlin unter Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt, doch blieben sie in der Region selbst – ähnlich wie zuvor „Cooperation North“ – angesichts der sich stets verschlechternden Lage ohne Resonanz. Zwar hatte Ministerpräsident Sharon im August 2005 gegen heftigen Widerstand in seiner Partei, dem Likud, die einseitige Räumung des Gazastreifens durchgesetzt, doch verhinderte das nicht weitere Attacken, vor allem nachdem die radikal-islamische Hamas 2006 die Wahlen in Gaza gewonnen hatte. Schon zuvor, im Januar 2006, hatte Sharon einen Schlaganfall erlitten und fiel ins Koma, aus dem er bis zu seinem Tod im Jahr 2014 nicht mehr erwachen sollte. Sein Nachfolger Ehud Olmert führte noch im gleichen Jahr Israel in ein militärisches Abenteuer im Libanon, das eine hohe Zahl an zivilen und militärischen Opfern forderte und in der israelischen Bevölkerung als Misserfolg wahrgenommen wurde. Auch eine weitere Konfrontation in Gaza um die Jahreswende 2008/09 blieb ohne durchschlagenden Erfolg. Zwischenzeitliche Friedensbemühungen auf Druck der Amerikaner, wie im Sommer 2007 auf der Konferenz von Annapolis, erbrachten keine Fortschritte für den Friedensprozess.

Für die Arbeit der FES in Israel war diese Entwicklung alles andere als zuträglich, wobei die innenpolitische Lage keineswegs Trost bot. Im Gegenteil: Die Avoda als wichtigster politischer Partner setzte ihren Niedergang fort. Hatte sie sich bei den Wahlen im März 2006 mit 19 Sitzen gerade noch gehalten, so stürzte sie im Februar 2009 mit 13 Sitzen auf einen historischen Tiefpunkt ab. Das hatte auch mit der inneren Zerrissenheit der Partei zu tun: Im November 2005 gewann der schillernde Histadrut-Chef Amir Peretz den Vorsitz gegen Shimon Peres, der sich daraufhin der 2005 von Sharon gegründeten Kadima-Partei anschloss und zwei Jahre später Staatspräsident wurde. Schon 2007 übernahm Ehud Barak von Amir Peretz die Ämter als Parteivorsitzender und Verteidigungsminister und stürzte die Partei nach den desaströsen Wahlen 2009 in eine tiefe Krise, als er sie quasi zum Eintritt in die Regierung Netanyahu zwang, der seinen Likud zu einem neuen Triumph geführt hatte. Die Folge war eine Spaltung der Partei: Als diese zwei Jahre später in die Opposition ging, verließ auch Barak die Avoda, um an der Spitze einer Splitterpartei bis 2012 Verteidigungsminister zu bleiben – in Israel zweifellos das zweitwichtigste Amt nach dem Ministerpräsidenten.

In dieser turbulenten Zeit übernahm 2008 Ralf Hexel die Leitung des FES-Büros. Standen in der ersten Zeit seiner Tätigkeit noch „friedensfördernde Anstrengungen unter Einbindung europäischer Entscheidungsträger“ im Mittelpunkt, wie IEPN und der jährliche Nahost-Workshop in Brüssel, so trat zunehmend die Frage der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund, die schon bald auch politisch bedeutsame Dimensionen annehmen sollte. Schon seit Längerem wurden in diesem Bereich im Rahmen des „Zichron Yaakov-Projekts“, benannt nach einer kleinen Stadt im Karmel-Gebirge, sozialpolitische Strategien und Politikempfehlungen in Themenfeldern wie Armut und Beschäftigungspolitik erarbeitet und in den öffentlichen Diskurs eingebracht. Mit dem neuerlichen Amtsantritt von Benjamin Netanyahu im Frühjahr 2009 und der zunehmenden Rechtslastigkeit seiner Regierung erweiterte sich diese Debatte schon bald um Fragen wie Pluralismus und Zivilgesellschaft, durchaus in Verbindung mit dem Friedensprozess.

„Die gegenwärtige innen- wie außenpolitische Situation macht deutlich, wie dringend eine starke Linke in Israel gebraucht wird. Es geht innenpolitisch darum, die israelische Demokratie gegen immer stärker werdende rechte Kräfte im eigenen Land zu verteidigen. Und außenpolitisch geht es um die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung. Wenn das Mitte-Links-Lager nicht die dafür notwendige politische Kraft entwickelt und die erforderlichen Konzepte in die Politik einbringt, wird der Stillstand im Friedensprozess anhalten und zu neuen Spannungen und einer Verschärfung der Konflikte führen.“

Quelle: Ralf Hexel, Quo vadis Avoda? Anmerkungen zur Situation der Arbeitspartei und der israelischen Linken, Internationale Politikanalyse, Berlin, Juli 2010, S. 2.

Bild 30: Amir Peretz und Michael Sommer in Israel, 2003



Bild 31: Ralf Hexel in Akko, 2009



Bild 32: (oben)
Linker Dialog in
Potsdam, 2010



Bild 34:
Politikva für
junge Haredim,
Jerusalem 2015



Bild 33: Anke Fuchs, Shimon Peres und Peter Struck in Israel, 2011

Dem Ziel einer Stärkung der friedensorientierten Linken diene auch das ab 2009 gemeinsam mit der Berl-Katznelson-Stiftung durchgeführte Ausbildungsprogramm für jüngere (zukünftige) Führungskräfte „Politikva“ (Hoffnung durch Politik). Es bot eine Mischung aus politischen Inhalten und praktischem Training – und das mit großem Erfolg: Viele Absolventen sind mittlerweile Stadt- und Kreisräte, Gewerkschaftsführer, Aktivisten der sozialen Bewegung und nicht zuletzt in der politischen Beratung für die meisten Knessetabgeordneten von Avoda und Meretz tätig. Ein spezielles Programm richtete sich an orthodoxe und russischstämmige Israelis, eine für die Linke nur schwer zugängliche Zielgruppe.

Einen weiteren Versuch, zu einer Stärkung des Mitte-Links-Lagers und der Zivilgesellschaft unter Einbeziehung europäischer Kräfte beizutragen, unternahm die FES im Juli 2010 in Berlin im Rahmen einer deutsch-israelischen Klausurtagung. Gastgeber Peter Struck, stellvertretender FES-Vorsitzender und Ehrendoktor

der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva, empfing nicht weniger als 23 israelische Gäste aus Mitte-links-Parteien (Avoda, Meretz, Kadima, Grüne), Zivilgesellschaft und Politikberatung. Prominenteste Teilnehmer waren Sozialminister Isaac Herzog von der Avoda, der Meretz-Vorsitzende Chaim Oron, der Generalsekretär von Peace Now, Yariv Oppenheimer und Ron Pundak, Generaldirektor des Peres Center for Peace. Auf deutscher Seite nahmen zeitweise die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, Martin Schulz, der SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich und weitere Abgeordnete teil. Interne Einschätzungen aus dem Teilnehmerkreis sprachen von einem Scheitern des Versuchs, die israelischen Kräfte zu bündeln. Dazu habe neben internen Meinungsverschiedenheiten auch die nur sporadische und wenig Impuls gebende Beteiligung der deutschen Teilnehmer beigetragen.



Bild 35: Shelly Yachimovich
und Martin Schulz in
Brüssel, 2012

5.

Hegemonie der Rechten: Für eine pluralistische Gesellschaft (2011–2018)

Im September 2011 übernahm mit der früheren Journalistin und Fernsehmoderatorin Shelly Yachimovich die zweite Frau in der Geschichte der Avoda den Vorsitz und führte die Partei in die Opposition. Zugleich zog mit ihr ein neuer Politikstil ein, vor allem aber auch eine neue Agenda. Diese beruhte auf der Wirkung der sozialen Protestbewegung, die im Sommer 2011 Hunderttausende von Menschen auf die Straßen gebracht hatte, und der daraus abgeleiteten Erkenntnis, dass es in Israel ein neues Bewusstsein für sozial- und wirtschaftspolitische Fragestellungen gab, das die neue Parteichefin aufgriff.

„Nachdem sie im September 2011, maßgeblich getragen von der sozialen Protestbewegung, in ihr Amt gewählt wurde, hat sie eine radikale personelle und programmatische Erneuerung ihrer Partei eingeleitet. Kern dieser Reform ist die Rückkehr zu einer sozialdemokratischen Agenda und damit die Formulierung einer klaren wirtschafts- und sozialpolitischen Alternative zum neo-liberalen Kurs der Netanyahu-Regierung.“

Quelle: Ralf Hexel, Was wurde erreicht? Zur politischen Bilanz von Israels sozialer Protestbewegung, in: Israel Kontrovers Nr. 12, 12. November 2012, S. 2.

Diese Alternative stützte sich auch auf die Arbeit eines der Protestbewegung nahestehenden Expertenteams, deren Ergebnisse mit Unterstützung der FES unter dem Titel: „Es geht auch anders: Bauplan für eine wohlgeordnete Gesellschaft“ 2012 ver-

öffentlicht wurden (Herausgeber waren Yossi Yonah und Avia Spivak). Solche und ähnliche Aktivitäten nährten wohl bei den Hardlinern um Außenminister Avigdor Liberman vorhandenen Verdacht, hinter der sozialen Protestbewegung seien ausländische Kräfte am Werk. Diese Hardliner strebten daraufhin eine gesetzliche Einschränkung der Finanzierung israelischer Nichtregierungsorganisationen und Bürgerbewegungen durch das Ausland an. Davon wären auch die deutschen Politischen Stiftungen betroffen gewesen. So kam es zu dem einmaligen Vorgang, dass die Vertreter aller sechs in Israel tätigen deutschen Stiftungen in einem offenen Brief an alle Knesset-Mitglieder vor solchen Initiativen warnten, die ihre „intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit Israels offener und pluralistischer Zivilgesellschaft“ behindern würden.

„Als Repräsentanten der politischen Stiftungen aus der Bundesrepublik Deutschland in Israel möchten wir unserer Sorge über eine Reihe von Gesetzgebungsmaßnahmen Ausdruck verleihen, die das finanzielle Rahmenwerk für Aktivitäten israelischer Nichtregierungsorganisationen und damit des zivilgesellschaftlichen Engagements insgesamt fundamental verändern würden... Unsere Aktivitäten und Projekte beinhalten unter anderem politische Kontakte mit Ihnen als Parlamentariern, ebenso wie mit Mitgliedern der israelischen Regierung. Vor allem aber schließen sie eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit Israels offener und pluralistischer

Gesellschaft ein, die von einer beeindruckenden Diversität und großem Engagement charakterisiert ist. Sie ist ein wichtiger Garant für die Stabilität und Vitalität der israelischen Demokratie.

Im Interesse der fortgesetzten und konstruktiven Entwicklung der deutsch-israelischen Bindungen verfolgen wir deshalb mit Sorge eine Reihe von Gesetzgebungsinitiativen, die weitgehend die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Körperschaften und damit auch unsere Zusammenarbeit mit ihnen beeinträchtigen könnten.“

Quelle: Brief der Vertreter der sechs deutschen Politischen Stiftungen an die Mitglieder der Knesset, 20. November 2011 (Brief im Original auf Englisch, Übersetzung W.V.)

Knesset-Sprecher (Parlamentspräsident) Reuven Rivlin antwortete bereits am 28. November, indem er darauf hinwies, dass diese Initiativen nicht gegen die deutschen Stiftungen gerichtet seien und er sich im Übrigen dagegen ausspreche. Es blieb schließlich bei der Absicht, und die Stiftungen konnten ihre Arbeit in Israel ungehindert fortsetzen, auch wenn 2016 eine abgeschwächte Version dann doch in Kraft trat.

Wer geglaubt hatte, die große soziale Protestbewegung würde automatisch zu einem Sieg der Linken bei den vorgezogenen Knesset-Wahlen im Januar 2013 führen, sah sich getäuscht. Schon im Vorfeld der Wahlen hatte FES-Büroleiter Hexel davor gewarnt, sich nur einseitig auf gesellschaftspolitische Themen zu konzentrieren, denn „Wahlen wurden in Israel in den vergangenen Jahrzehnten stets mit sicherheitspolitischen Themen entschieden“. Wie Recht er hatte, zeigte sich dann am Wahlergebnis: Obwohl der Wahlkampf vergleichsweise stark von innen- und wirtschaftspolitischen Themen geprägt war und die Arbeitspartei eine Kandidatenliste aufgestellt hatte, die „jünger, linker und weiblicher“ war als je zuvor, blieb das Ergebnis weit unter den Erwartungen. Die Partei verbesserte sich lediglich von 13 auf 15 Sitze und wurde nur drittstärkste Partei hinter dem Likud (31 Sitze) und der neugegründeten säkularen Zentrums-partei Yesh Atid des Fernsehjournalisten Yair Lapid (19 Sitze). Für Yachimovich war dies auch eine persönliche Niederlage, und wenig später wurde sie im Parteivorsitz von Isaac Herzog abgelöst.

Isaac Herzog, Sohn des früheren Staatspräsidenten Chaim Herzog, hatte sich zwischen 2005 und 2011 auf verschiedenen Regierungsposten bewährt und war ein alter Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit dem alle FES-Vertreter enge Beziehungen pflegten. Für Herzog stand Israels Sicherheit im Vordergrund. Deutlich wurde dies auf einer FES-Konferenz im Oktober 2011 in Berlin, wo es um die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ ging: „Was Sie von hier sehen, ist etwas ganz anderes, als das, was man von dort sieht“, sagte Herzog. Noch deutlicher wurde der israelische Außenminister Silvan Shalom auf der gleichen Konferenz: „Ich spreche vom Überleben, Sie sprechen über den Lebensstandard.“ Damit wurden einmal mehr die aufgrund der unterschiedlichen Lebenslagen ebenso unterschiedlichen Sichtweisen zwischen Deutschen/Europäern und Israelis deutlich, ja diese verschärften sich dadurch, dass Europa seit Jahrzehnten in Frieden und quasi auf einer Insel der Glückseligen lebte und immer weniger Verständnis für die manchmal harten Selbstverteidigungsmethoden der Israelis aufbrachte.

Hierzu gehörte nach wie vor auch und gerade die Beschäftigung mit dem Holocaust, ohne die ein deutsch-israelisches Verständnis undenkbar wäre. So wurde die Zusammenarbeit der FES mit israelischen Partnern auch immer vom Erbe der Shoah mitgestaltet, und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte sich dies nicht geändert. Dem diente unter anderem eine Konferenz 2015 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen unter dem Thema: „The future of the past. Germany and Israel between dealing with the past and shaping the future“, außerdem ein Projekt, das sich mit der Rolle der Shoah-Überlebenden in Israel befasste. Dieses Projekt, das in der israelischen Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit sorgte, wurde von Anita Haviv, 2004–2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin des FES-Büros, geleitet

„Die Zusammenarbeit steht unter dem Vorzeichen des Bestrebens, einerseits die Erinnerung an die Geschichte wachzuhalten und zugleich eine Zukunft fortwährender Freundschaft und vertieften gegenseitigen Verstehens aufzubauen. Im Beit Berl Academic College fanden wir einen israelischen Partner, der sich diesem Ziel ebenfalls verpflichtet fühlt. Es entstand eine fruchtbare Zusammenarbeit, in deren Mittelpunkt seit 2006 die Untersuchung der Rolle der Shoah-Überlebenden in Israel stand. Dabei ging es neben ihrer Integration in den 1948 neu entstandenen Staat vor allem um die Frage, wie sie zum Aufbau und Gestaltung des jüdischen Staates und der neuen Gesellschaft beigetragen haben.“

Quelle: Ralf Hexel, Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: Miri Freilich (Hg.), Der Dornbusch, der nicht verbrannte. Überlebende der Shoah in Israel, Berlin/Herzliya 2012, S. 6.

Ebenfalls für Aufmerksamkeit in der israelischen Öffentlichkeit sowie unter Wissenschaftlern sorgte die zwischen 2010 und 2013 von der FES geförderte hebräische Übersetzung und Herstellung von drei wichtigen Werken der Philosophin Hannah Arendt. Mit ihrem kritischen Denken bietet sie Denkansätze auch in Bezug auf die gesellschaftliche und politische Realität des heutigen Israel und stärkt pluralistische und demokratische Ideen. Nicht zuletzt junge Menschen zeigten großes Interesse an den Ideen Hannah Arendts. Die treibende Kraft hinter diesem Projekt war Giora Rosen, Cheflektor des Verlags HaKibbutz Ha-Meuhad und ein enger Partner und Freund der Stiftung in Israel.

Bild 38: Giora Rosen in Tel Aviv, 2013

Bild 36: Anita Haviv, Nava Semel und Christian Staffa in Israel, 2013



Bild 37:
Treffen Isaac Herzog mit Kurt Beck und Roland Schmidt in der FES Berlin, 2016

Berlin, October 26–2



Bild 39: Frank-Walter Steinmeier in Berlin, 2011



Bild 40: Besuch von Hannelore Kraft in Tel Aviv, 2014. Von links nach rechts: Gershon Gelman, Hannelore Kraft, Andreas Meyer-Lauber, Werner Puschra, Odelia Friedman



Einer, der im Bewusstsein der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen immer wieder zu vermitteln suchte, war Frank-Walter Steinmeier als deutscher Außenminister (2005–2009 und 2013–2017), aber auch als SPD-Fraktionsvorsitzender (2009–2013). Als solcher nahm er im Februar 2010 an der 10. Internationalen Herzliya-Konferenz teil, zu der die FES seit Jahren einen „europäischen Beitrag“ leistete. Steinmeier betonte, dass Deutschland angesichts der atomaren Bedrohung durch den Iran fest an der Seite Israels stehe, warnte jedoch davor, Schritte zu unternehmen, die einen lebensfähigen palästinensischen Staat in weite Ferne rücken ließen. Steinmeier agierte im Nahen Osten zurückhaltender als Joschka Fischer, aber nicht weniger engagiert, wie seine Vermittlungsversuche im Libanon-Konflikt 2006 und im Gaza-Konflikt 2008/2009 zeigten. Er hielt auch wenig davon, sich mit europäischen Boykottandrohungen in die Friedensinitiative von US-Außenminister John Kerry 2013/2014 einzumischen, die 2014 mit einer weiteren blutigen Auseinandersetzung um Gaza endgültig scheiterte.

Trotz dieses neuerlichen Misserfolges blieb die europäische Agenda mit dem IEPN auch unter dem neuen Büroleiter Werner Puschra (2013–2018) auf der Tagesordnung der Stiftungsarbeit, und auch die deutsch-israelischen Beziehungen bedurften angesichts wachsender Irritationen in der deutschen Öffentlichkeit der weiteren Pflege. Denn es klaffte eine zunehmende Kluft zwischen dieser in Meinungsumfragen, Internetforen und Leserbriefen artikulierten überwiegend israelkritischen Öffentlichkeit einerseits und der Mehrheit der deutschen politischen Klasse andererseits, die – wie etwa bei den 5. deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im Februar 2014 – trotz politischer Differenzen ein gutes Einvernehmen mit der israelischen Seite demonstrierte.

Doch mit der fortschreitenden Siedlungspolitik Israels und dem faktischen Aufgeben der Zwei-Staaten-Lösung nahm die Kritik auch in Deutschland zu und umgekehrt wiederum die empfindliche Reaktion des offiziellen Israel. Denn „die Zeiten sind nicht normal“, wie die Süddeutsche Zeitung anlässlich des Besuchs von Außenminister Sigmar Gabriel in Israel im April 2017 schrieb, der mit einem Eklat endete: Weil er Vertreterinnen und Vertreter regierungskritischer Organisationen wie B'Tselem und Breaking the Silence zum Gespräch traf, sagte Premierminister Netanyahu sein Treffen mit Gabriel ab. Diplomatischer verhielt sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen Monat später, als er zwar „kritische Intellektuelle“, nicht aber Aktivisten traf, um dann doch mit dem Besuch des alten FES-Partners Givat Haviva einen klaren friedenspolitischen Akzent zu setzen. Im Februar 2018 kam es bei einem neuerlichen Israel-Besuch von Gabriel dann doch zum Treffen mit Netanyahu, wobei die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Zwei-Staaten-Lösung deutlich zutage traten. Schon 2012 hatte es Ärger bei einem Besuch Gabriels gegeben, der – damals SPD-Vorsitzender – nach einem Aufenthalt in Hebron von „Apartheid“ gesprochen hatte.

Diese Spannungen hatten ihre Ursache auch in der zunehmenden Rechtsentwicklung in Israel und in Gesetzesinitiativen der Rechtskoalition zur Einschränkung der Grundrechte. „Ist Israels Demokratie in Gefahr?“ titelte im Januar 2012 die vom FES-Büro Israel herausgegebene Broschüre „Israel Kontrovers Nr. 10“. Darin kam Prof. Mordechai Kremnitzer, Vizepräsident des Israel Democracy Institute, zu dem Schluss, dass Israel nach wie vor eine lebendige Demokratie sei, es aber eine Erosion demokratischer Werte gebe und die Gefahr bestehe, dass Israel seinen Charakter als liberale Gesellschaft verlieren könnte.

Vier Jahre später hatte sich die Lage nicht verbessert. Im Gegenteil: „Ein fanatischer Kern radikaler Ideologie“ gebe in der Regierungspartei den Ton an, monierte Ehud Barak, der immerhin fünf Jahre unter Netanyahu als Verteidigungsminister gedient hatte, auf der jährlichen Herzliya-Konferenz im Juni 2016. Israel drohe zu einem binationalen Staat zu werden, in dem entweder ein Apartheid-System errichtet würde oder die Juden in die Minderheit gerieten.

Diese pessimistische Sichtweise fand ihre teilweise Bestätigung in den Ergebnissen der 4. FES-Jugendstudie, die nach 1998, 2004 und 2010 im Jahr 2016 wiederum vom Macro Center for Political Economics unter Federführung von Roby Nathanson durchgeführt wurde. Für die Zukunft, vor allem auch der politischen Linken, verhieß sie nichts Gutes, denn eines der zentralen Ergebnisse war, dass die jüdischen Jugendlichen weiter nach rechts gerückt seien und sich die arabischen Jugendlichen kaum noch mit der Linken identifizierten. Dazu trüge auch bei, dass demokratische Werte zwar als wichtig erachtet würden, doch die Mehrheit der Sicherheit den Vorzug gebe. Gleichzeitig habe das Vertrauen in die staatlichen Institutionen einen Tiefpunkt erreicht. Und vor allem säkulare jüdische Jugendliche wären hinsichtlich ihrer Zukunft noch nie so pessimistisch gewesen wie heute.

In diese Richtung ging auch das Ergebnis der vorgezogenen Knesset-Wahlen im März 2015, bei denen der Likud entgegen den Umfragen mit 30 Mandaten erneut stärkste Partei vor der Zionistischen Union/Avoda unter Isaac Herzog mit 24 Sitzen wurde. Die anschließend gebildete Rechtskoalition umfasste etliche Hardliner, die sowohl friedens- wie gesellschaftspolitisch auf Konfrontation setzten. Für die FES wurde angesichts dieser Entwicklung die „Stärkung des pluralistischen und demokratischen Charakters Israels“ zu einem der wichtigsten Arbeitsbereiche.



Bild 41:
Andrea
Nahles und
Chaim Oron
in Tel Aviv, 2010





Bild 42: Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an die israelischen Bürgermeister Ilan Sadeh und Hassan Atamna in Berlin, 2015

„Angesichts der Vielzahl innergesellschaftlicher, ethnischer, sozialer und politischer Konflikte arbeitet die FES gemeinsam mit ihren Partnern für die Stärkung des pluralistischen und demokratischen Charakters von Staat und Gesellschaft. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Förderung des politischen und sozialen Engagements von jungen Menschen gelegt. Die FES bemüht sich darum, politische und zivilgesellschaftliche Gruppen, die den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet sind, zu fördern sowie andere gesellschaftliche Gruppen zu erreichen und für sozialdemokratische Werte zu gewinnen.“

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, Länderbericht Israel, Stand: 30. Juni 2017, S. 7/8.

In diesen Kontext gehört auch das Bestreben, die Spaltung der israelischen Gesellschaft in diverse ethnische und religiöse Gruppen überwinden zu helfen. Dem dient ein breit gefächertes Maßnahmenbündel unter dem Titel „Shared Society“, das 2014 von Werner Puschra initiiert und seitdem von der seit 2013 im Israel-Büro tätigen Projektleiterin Judith Stelmach betreut wird. Gemeinsam mit Givat Haviva, The Abraham Fund, Shatil, The Coalition against Racism und anderen arbeitet die FES am Abbau von Vorurteilen und einer Annäherung zwischen den verschiedenen Gruppen in der israelischen Gesellschaft. Ein besonders gelungenes Beispiel für diese Aktivitäten ist die Kooperation zwischen dem jüdischen Bürgermeister des Menashe Regional Council, Ilan Sadeh, und dem arabischen Bürgermeister von Kafr Qara, Hassan Atamna, deren langjähriges Engagement um ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern – in enger Zusammenarbeit mit Givat Haviva – 2015 durch den FES-Vorsitzenden Kurt Beck mit dem Menschenrechtspreis der FES gewürdigt wurde.



מנצחים המחנה בייחד

התנועה הרצונית
התנועה הרצונית
התנועה הרצונית
התנועה הרצונית
התנועה הרצונית



Bild 43: Treffen einer Delegation von SPD Bundestagsabgeordneten mit Hilik Bar in Tel Aviv, 2016

Von links nach rechts: Eva Högl, Christian Lange, Hilik Bar, Kerstin Griese, Johannes Fechner, Christina Jantz-Herrmann, Christian Flisek

Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich war und ist die „Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und einer guten Gesellschaft“. Zu den wichtigsten Partnern in diesen Bereichen zählen nach wie vor Histadrut, Berl Katznelson Stiftung, Givat Haviva, Na’amat, The Jewish Arab Center an der Universität Haifa, Macro Center for Political Economics, Mossawa und viele andere. Im friedens- und sicherheitspolitischen Bereich gehören mit der Association for Peace and Security und dem S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College zwei einflussreiche Nichtregierungsorganisationen zu den engsten Partnern der FES. Zu den neueren Partnern zählt auch Mitvim, ein 2011 gegründeter Think Tank, der sich mit der Rolle Israels als regionaler Akteur beschäftigt. In seinem von der Stiftung unterstützten jährlichen „Israeli Foreign Policy Index“ kommt das Institut 2017 zu einigen, auch für die Arbeit der FES interessanten Schlussfolgerungen: Die Israelis sind gespalten in der Frage, ob das Land eher zu Europa (28 Prozent), zum Nahen Osten (26 Prozent) oder zu beiden gehört (25 Prozent). Ebenso gespalten sind sie in der Frage, ob es besser für Israel wäre, wenn die EU stärker (38 Prozent) oder schwächer (37 Prozent) würde. In den Augen der Israelis sind die wichtigsten Länder für Israel neben den USA an erster Stelle Russland, gefolgt von Deutschland, England, China, Frankreich und Ägypten. Und überraschenderweise findet eine Mehrheit, dass eine internationale Friedensinitiative, die eine Normalisierung mit der arabischen Welt, Sicherheitsgarantien der USA und eine engere Beziehung mit der EU einschließen würde, die größte Aussicht auf Frieden böte.



Bild 44: Tamar Zandberg in Tel Aviv, 2017



Bild 45: Avi Gabbay in Jerusalem, 2017

Diese Ergebnisse stellen für eine in Israel tätige deutsche/europäische Stiftung gleichermaßen eine Verpflichtung und eine Herausforderung dar, der sich der neue Büroleiter, Paul Pasch, stellen muss. Im Juli 2018 kehrte er nach verschiedenen Stationen im In- und Ausland an den Ursprung seiner Stiftungstätigkeit zurück. Ähnlich wie nach 1977, aber unter verschärften Umständen, geht es wieder darum, die friedensorientierten und den internationalen Dialog suchenden Kräfte zu stärken. Nur eine pluralistische Demokratie und offene Gesellschaft wird zu Konzessionen im Friedensprozess bereit sein. Zu den wichtigsten Kräften, die bei aller derzeitigen Schwäche unabdingbar für eine solche Politik sind, zählen die Avoda und Meretz. Während Meretz im März 2018 Tamar Zandberg zur neuen Vorsitzenden wählte, hatte die Avoda im Juli 2017 mit Avi Gabbay wieder einmal einen neuen Vorsitzenden gewählt – den neunten in den letzten zwanzig Jahren. Als Modernisierer im Stile von Emmanuel Macron angetreten, muss es ihm gelingen, „die Partei für die Herzen der Israelis wieder zu öffnen und klare Alternativen zur Regierungspolitik vorzulegen“, so Micky Drill, seit 2001

hauptsächlich für die Gewerkschaftsarbeit zuständiger Projektleiter im FES-Büro und Mitglied im internationalen Komitee der Avoda.

Das wäre dann auch für die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine wichtige Ermutigung, auch wenn diese sicherlich keine Größe war und ist, die eine Regierung zu Konzessionen bewegen kann. Aber sie hat es in den vierzig Jahren seit der Eröffnung ihres Büros in Israel geschafft, ein Netzwerk im gesellschaftspolitischen Raum zu schaffen und es mit deutschen und europäischen Partnern zu verknüpfen. Dies gilt nicht nur für den außen- und friedenspolitischen Bereich, sondern auch für das Feld der Sozial-, Gewerkschafts- und Demokratiep politik. Die verschiedenen Dialogprojekte, die in weite gesellschaftliche Bereiche hinein reichen – Gewerkschaften, Frauen, Einwanderer, arabische Minderheit – stellen einen wichtigen Baustein zur Milderung der Spaltung innerhalb der israelischen Gesellschaft dar. Denn nach wie vor gilt: Eine Gesellschaft, die mit sich selbst nicht im Reinen ist, wird nur schwer zu Kompromissen nach außen zu bewegen sein.

Bild 46: Team FES-Israel in Herzliya, 2018
Von links nach rechts: Sonja Lebkücher, Micky Drill,
Judith Stelmach, Paul Pasch und Rinat Gimpel





ANHANG

Abbildungsverzeichnis:

Abb. 1, Seite 8: Erich Ollenhauer und David Ben-Gurion in Israel, 1957

Besuch des damaligen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer in Israel: Gruppenaufnahme mit dem ersten Ministerpräsidenten Israels David Ben-Gurion. © F. Schlesinger, Jerusalem

Abb. 2, Seite 11: Ludwig Rosenberg in Tel Aviv, 1957

Ankunft des damaligen DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg mit seiner Ehefrau am Flughafen von Tel Aviv.
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Abb. 3, Seite 11: Fritz (Peretz) Naphtali in Israel, 1951

Portrait des führenden Gewerkschafters und ehemaligen Land- bzw. Wohlfahrtsministers Israels Fritz (Peretz) Naphtali
© Teddy Brauner, Quelle: Government Press Office

Abb. 4, Seite 11: Walter Hesselbach in Israel, 1967

Der damalige Vorstandsvorsitzende der Bank für Gemeinwirtschaft und des FES-Kuratoriums Walter Hesselbach bei der Grundsteinlegung des Fritz-Naphtali-Gebäudes an der Universität Tel Aviv.
Quelle: Archiv der Universität Tel Aviv

Abb. 5, Seite 12: Akiva Lewinsky und Jürgen Burckhardt in Israel, ca. 1993 Der ehemalige Schatzmeister der Jewish Agency for Israel Akiva Lewinsky mit dem damaligen geschäftsführenden Mitglied des FES-Vorstandes Jürgen Burckhardt. Quelle: FES Israel

Abb. 6, Seite 12: Yerucham Meshel in Israel, Mitte der 1970er-Jahre

Portrait des früheren Vorsitzenden von Histadrut und Mitglied der Knesset Yerucham Meshel.
Quelle: Lavon Institut – Archiv Israelische Arbeiterbewegung

Abb. 7, Seite 15: Willy Brandt und Yitzhak Rabin in Bonn, 1975

Foto des ersten offiziellen Deutschlandbesuchs eines israelischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland.
© Bundesbildstelle, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Abb. 8, Seite 16: Helmut Schmidt und Golda Meir in Großbritannien, 1974 Treffen des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit Golda Meir, der ersten weiblichen Premierministerin Israels. © Keystone

Abb. 9, Seite 16: Ernst J. Kerbusch in Berlin 2003

Foto des ehemaligen Leiters der internationalen Abteilung der FES Ernst J. Kerbusch. © Johannes Liebe

Abb. 10, Seite 17: Ephraim Sneh und Holger Börner in Berlin, 1998

Treffen des früheren Direktors der Golda Meir Association und ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister Israels Ephraim Sneh mit dem damaligen Vorsitzenden der FES Holger Börner, Ministerpräsident a.D während des Besuchs einer israelischen Delegation in Deutschland.
© Rolf Zöllner, Berlin

Abb. 11, Seite 18: Danny Wieler, Kibbuz Magen, 2002

Portrait des ehemaligen Leiters der Internationalen Abteilung von Givat Haviva Danny Wieler.
© Danny Wasserlauf, Archiv des Hashomer Hatzair, Yad Ya'ari, Givat Haviva

Abb. 12, Seite 18: Yaela Granot in Israel, 1995

Portrait der langjährigen Direktorin von Givat Haviva Yaela Granot
Quelle: Archiv des Hashomer Hatzair, Yad Ya'ari, Givat Haviva

Abb. 13, Seite 18: Willy Gafny, Abba Eban, Holger Börner und Siegfried Bangert in Israel, 1988

Gespräch zwischen dem früheren Direktor des Center for Peace in the Middle East Willy Gafny und dem ehemaligen Außenminister Israels Abba Eban mit dem damaligen FES-Vorsitzenden Holger Börner und dem damaligen Leiter der Internationalen Abteilung der FES Siegfried Bangert.
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Abb. 14, Seite 21: Hans-Helmut Duncke

Portrait des früheren FES-Vertreters in Israel Hans-Helmut Duncke
Quelle: Histadrut Archiv / Hans-Helmut Duncke privat

Abb. 15, Seite 21: Heinz Kühn in der Bundesrepublik Deutschland, 1967

Portrait des ehemaligen FES-Vorsitzenden und NRW-Ministerpräsidenten Heinz Kühn während der Hannover-Messe 1967
© H. Riebesehl, Hannover

Abb. 16, Seite 22: Hans-Jochen Vogel und Shimon Peres in Israel, 1985

Foto vom Treffen des früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres während eines Besuchs in Israel. © dpa

Abb. 17, Seite 24: Uri Avnery, Paul Pasch, Yossi Beilin und Anke Martiny in Israel, 1994

Foto vom Treffen des Friedensaktivisten Uri Avnery und des damaligen stellvertretenden Außenministers Yossi Beilin mit der damaligen FES-Vertreterin in Israel Anke Martiny und ihrem früheren Stellvertreter und heutigen FES-Büroleiter in Herzliya, Paul Pasch. Quelle: FES Israel

Abb. 18, Seite 27: Ehud Barak mit Gerhard Schröder in Berlin, 1999

Treffen des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak mit dem Bundeskanzler Gerhard Schröder
© photothek.net Fotoagentur GbR

Abb. 19, Seite 28: Veranstaltung der FES mit dem Mossawa Center in Baqa al-Garbiyeh, 2017

Von links nach rechts: Zahira Azab, Birwin Azab, Fadwa Mawassi. Foto von der Abschlusskonferenz des von der FES und dem Mossawa Center veranstalteten Frauenleadershipkurses. Quelle: FES Israel

Abb. 20, Seite 28: Mohammad Darawshe in Israel, 2018

Portrait des früheren Co-Direktors vom Abraham Fund und jetzigen Direktors für Planning, Equalitay and Shared Living von Givat Haviva Mohammad Darawshe © Rauf Abu Paneh, Givat Haviva

Abb. 21, Seite 28: Faisal Azaiza in Israel, 2018

Portrait von Faizal Azaiza, ehemaliger Direktor des Jewish-Arab-Centre an der Universität Haifa. Quelle: University of Haifa

Abb. 22, Seite 31: Suheir al-Manasra, Yair Hirschfeld und Winfried Veit in Freiburg, 1999

Treffen des damaligen Gouverneurs von Jenin Suheir al-Manasrah mit dem Vermittler der Oslo-Verträge Yair Hirschfeld und dem damaligen FES-Vertreter in Israel Winfried Veit. Quelle: FES Israel

Abb. 23, Seite 32: Besuch von Sigmar Gabriel in Israel, 2002

Von links: Colette Avital, Sigmar Gabriel, Eli Goldschmidt
Treffen des damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen Sigmar Gabriel mit den israelischen Politiker_innen Colette Avital und Eli Goldschmidt. Quelle: FES Israel

Abb. 24, Seite 32: Rudolf Dreßler und Hermann Bünz in Israel, 2005

Der damalige deutsche Botschafter Rudolf Dreßler mit dem damaligen FES-Vertreter Hermann Bünz während eines Treffens in der Bar-Ilan Universität. Quelle: FES Israel

Abb. 25, Seite 35: Johannes Rau in Israel, 1998

Der damalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau pflanzt im Wald der deutschen Länder bei Beer Schewa einen Baum
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Abb. 26, Seite 35: Dov Ben-Meir in Tel Aviv, 1993

Foto von Dov Ben-Meir, früherer stellvertretender Sprecher der Knesset und ehemaliger Vorsitzender von Histadrut Tel Aviv. © Anke Martiny

Abb. 27, Seite 36: Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden (IPPC) in Berlin, 2002.

Hinterer Reihe: Ghassan Khatib, Samir Rantisi, Ghazi Hanania, Daniel Levy.
Vordere Reihe: Yael Tamir, Yossi Beilin, Daniela Beilin. Quelle: FES Berlin

Abb. 28, Seite 36: Ralf Hexel, Roby Nathanson, Christoph Mosbauer und Stephan Stetter in London, 2010

Foto vom Treffen des IEPN-Netzwerks mit dem damaligen FES-Vertreter in Israel Ralf Hexel, dem Direktor des MACRO Centre for Political Economics Roby Nathanson und den IEPN-Koordinatoren Christoph Mosbauer und Stephan Stetter. Quelle: FES Israel / FES London

Abb. 29, Seite 38/39: Thomas Oppermann und Zehava Gal-On, Jerusalem 2016

Der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD Thomas Oppermann mit der damaligen Meretz-Vorsitzende Zehava Gal-On in der Knesset. Quelle: FES Israel

Abb. 30, Seite 41: Amir Peretz und Michael Sommer in Israel, 2003

Foto vom Treffen mit dem damaligen Histadrut-Vorsitzenden Amir Peretz während des Antrittsbesuchs Michael Sommers als DGB-Vorsitzender in Israel. Quelle: Histadrut

Abb. 31, Seite 41: Ralf Hexel in Akko, 2009

Der damalige FES-Vertreter Ralf Hexel in Israel auf einer Konferenz mit Vertretern der drusischen Community in Israel. © Sabine Frank, FES Israel

Abb. 32, Seite 42: Linker Dialog in Potsdam, 2010

Gruppenfoto von der Konferenz „Linker Dialog“ der FES. © Jens Schicke, Berlin

Abb. 33, Seite 43: Anke Fuchs, Shimon Peres und Peter Struck in Israel, 2011 Treffen des damaligen israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres mit der aus ihrem Amt als FES-Vorsitzende scheidenden Anke Fuchs und ihrem Nachfolger und früheren deutschen Verteidigungsminister Peter Struck in Israel. Quelle: Joseph Engel

Abb. 34, Seite 42: Politikva für junge Haredim, Jerusalem 2015

Gruppenfoto vom FES-Politikva-Kurs für junge Orthodoxe mit dem FES-Projektkoordinatoren Micky Drill. Quelle: FES Israel

Abb. 35, Seite 44: Shelly Yachimovich und Martin Schulz in Brüssel, 2012

Bild vom Treffen der ehemaligen Vorsitzenden der Arbeitspartei Shelly Yachimovich mit dem damaligen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz.
© Paul MARNEF / European Union 2012 – EP

Abb. 36, Seite 47: Anita Haviv, Nava Semel und Christian Staffa in Israel, 2013 Foto Anita Haviv, ehemalige Projektleiterin der FES-Israel, während der Vorstellung des von ihr betreuten Buches „Der Dornbusch, der nicht verbrannte“ mit der Autorin Nava Semel und Christian Staffa von der Evangelischen Akademie zu Berlin. Quelle: FES Israel

Abb. 37, Seite 47: Treffen Isaac Herzog mit Kurt Beck und Roland Schmidt in der FES Berlin, 2016

Foto während des FES-Besuchs des damaligen Vorsitzenden der Arbeitspartei Isaac Herzog mit dem FES-Vorsitzenden Kurt Beck, Ministerpräsidenten a.D., und Roland Schmidt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES. Quelle: FES Berlin

Abb. 38, Seite 47: Giora Rosen in Tel Aviv, 2013 Porträt Giora Rosen, Cheflektor des Verlags HaKibbutz HaMeuhad © Giora Rosen

Abb. 39, Seite 48: Frank-Walter Steinmeier in Berlin, 2011

Rede des ehemaligen Außenministers und aktuellen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier während einer Konferenz der FES Berlin.
© Jens Schicke, Berlin

Abb. 40, Seite 48: Besuch von Hannelore Kraft in Tel Aviv, 2014

Gruppenfoto mit der früheren NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, dem langjährigen Vorsitzenden von Histadrut Tel Aviv Gershon Gelman, dem damaligen DGB-Landesvorsitzenden von NRW Andreas Meyer-Lauber, dem ehemaligen Leiter FES Israel Werner Puschra und der Direktorin des HaBimah Theaters Odelia Friedman.
©Yehuda Segev, Histadrut Tel Aviv.

Abb. 41, Seite 51: Andrea Nahles und Chaim Oron in Tel Aviv, 2010

Foto der damaligen Generalsekretärin und heutigen Vorsitzenden der SPD Andrea Nahles mit dem damaligen Meretz-Vorsitzenden Chaim Oron.
Quelle: FES Israel

Abb. 42, Seite 52: Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an die israelischen Bürgermeister Ilan Sadeh und Hassan Atamna in Berlin, 2015 © Konstantin Börner, Berlin

Abb. 43, Seite 54: Treffen einer Delegation von SPD-Bundestagsabgeordneten mit Hilik Bar in Tel Aviv, 2016 Foto vom Treffen der SPD-Bundestagsabgeordnetendelegation mit dem stellvertretenden Knesset-Sprecher Hilik Bar in der Zentrale der Arbeitspartei. Quelle: FES Israel

Abb. 44, Seite 56: Tamar Zandberg in Tel Aviv, 2017

Portrait der aktuellen Meretz-Vorsitzenden Tamar Zandberg bei der Vorstellung der FES-Jugendstudie Israel. © Chen Galili

Abb. 45, Seite 56: Avi Gabbay in Jerusalem, 2017

Portrait des gegenwärtigen Vorsitzenden der Arbeitspartei Avi Gabbay bei der Jahreskonferenz der FES-Partnerorganisation Mitvim. Quelle: FES Israel

Abb. 46, Seite 57: Team FES-Israel in Herzliya, 2018

Von links nach rechts: Sonja Lebkücher, Micky Drill, Judith Stelmach, Paul Pasch und Rinat Gimpel. © FES Israel

Abkürzungen:

ALE	(Golda Meir) Association for Labor Education
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
CPME	Center for Peace in the Middle East
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
ECF	Economic Cooperation Foundation
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNS	Fritz-Naphtali-Stiftung
IEPN	Israeli European Policy Network
IIESR	Israeli Institute for Economic and Social Research
NGO	Non Governmental Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
PLO	Palestine Liberation Organization
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VW	Volkswagen

Personenregister:

Abdel-Shafi, Haidar	25	Genscher, Hans-Dietrich	20	Nietan, Dietmar	39
Abed Rabbo, Jasser	36	German, Yael	33	Ollenhauer, Erich	8, 9
Adenauer, Konrad	9	Giddens, Antony	33	Olmert, Ehud	38, 40
Adler, Yakir	23	Gimpel, Rinat	20, 23, 57	Oppenheimer, Yariv	43
Adrian, Peter	20	Goldschmidt, Eli	32	Oppermann, Thomas	38, 39
al-Husseini, Feisal	25	Granot, Yaela	18, 19	Oron, Chaim	43, 51
al-Manasra, Suheir	31, 33	Griese, Kerstin	54	Pasch, Paul	23, 24, 26, 30, 57
Arafat, Yassir	25, 29	Grunwald, Günter	10	Peres, Shimon	9, 13, 14, 19, 20, 22, 23 25, 26, 29, 30, 37, 38, 40, 43
Arendt, Hannah	46	Habermas, Jürgen	33	Peretz, Amir	33, 40, 41
Ashrawi, Hanan	25	Hanania, Ghazi	36	Pundak, Ron	25, 27, 43
Atamna, Hassan	53	Harish, Michael („Micha“)	19, 20, 23	Puschra, Werner	48, 49, 53
Avital, Colette	32	Haviv, Anita	46, 47	Rabin, Yitzhak	10, 13, 15, 20, 23 25, 26, 29, 30, 33
Avnery, Uri	24	Heinemann, Gustav	19, 23, 26	Ramon, Haim	20, 23, 29, 30
Azab, Birwin	28	Herzog, Chaim	20, 30, 46	Rantisi, Samir	36
Azab, Zahira	28	Herzog, Isaac	43, 46, 47, 50	Rau, Johannes	15, 19, 29, 33, 34, 35
Azaiza, Faisal	28	Hesselbach, Walter	10, 11, 15	Reiff, Klaus	13, 19
Bangert, Siegfried	18	Hexel, Ralf	36, 40, 41, 45, 46	Rivlin, Reuven	46
Bar, Hilik	54	Hirschfeld, Yair	20, 23, 25, 27, 30, 33	Rocard, Michel	33
Barak, Ehud	27, 33, 40, 50	Högl, Eva	54	Rosen, Giora	46
Beck, Kurt	20, 47, 53	Hombach, Bodo	33	Rosenberg, Ludwig	10, 11
Beilin, Daniela	36	Hünsele, Peter	20	Sadeh, Ilan	53
Beilin, Yossi	14, 16, 17, 20, 23 24, 25, 27, 36, 37	Hussein, Saddam	20	Scharping, Rudolf	29
Ben-Ami, Shlomo	33	Jantz-Herrmann, Christina	54	Schmidt, Helmut	9, 16
Ben-Gurion, David	8, 9, 13, 14	Julliard, Jacques	33	Schmidt, Roland	47
Ben-Meir, Dov	34, 35	Karakurt, Türkan	33	Schröder, Gerhard	23, 27, 33, 34
Bolkestein, Frits	38	Kerbusch, Ernst J.	15, 16	Schulz, Martin	43, 44
Börner, Holger	17, 18, 19, 20, 23, 29	Khatib, Ghassan	36	Seidenberg, Aron	17
Brandt, Willy	9, 15, 20	Klose, Hans-Ulrich	29	Semel, Nava	47
Brinckmann, Willi	15	Kraft, Hannelore	48	Shafir, Shlomo	20
Bünz, Hermann	32, 37	Kremnitzer, Mordechai	50	Shalom, Silvan	46
Burckhardt, Jürgen	12, 19, 29	Kühn, Heinz	20, 21	Sharon, Ariel	33, 37, 39, 40
Carstens, Jens Uwe	17, 19	Lange, Christian	54	Singer, Yehuda	23
Darawshe, Mohammad	28	Lapid, Yair	46	Singer, Dani	23
Diner, Dan	37	Levy, Daniel	36	Sneh, Ephraim	16, 17
Dreßler, Rudolf	9, 23, 26, 32	Lewinsky, Akiva	10, 12, 19, 29	Sommer, Michael	41
Drill, Micky	42, 57	Lieberman, Avigdor	45	Spivak, Avia	45
Duncke, Hans-Helmut	19, 20, 21	Macron, Emmanuel	57	Staffa, Christian	47
Eichler, Willi	10, 19	Martiny, Anke	24, 26, 30, 37	Steinmeier, Frank-Walter	39, 48, 49
Erekat, Saeb	37	Matthöfer, Hans	15	Stelmach, Judith	53, 57
Eres, Chanan	29	Mawassi, Fadwa	28	Stetter, Stephan	36, 37, 38
Erhard, Ludwig	9	Mbeki, Thabo	37	Stolpe, Manfred	33
Fechner, Johannes	54	Meir, Golda	16, 19	Struck, Peter	20, 43
Fischer, Joschka	9, 34, 37, 38, 49	Merkel, Angela	9	Tamir, Yael	36
Flisek, Christian	54	Meshel, Yerucham	12, 13	Veit, Winfried	30, 33, 37
Freilich, Miri	46	Meyer, Thomas	15, 33	Vogel, Hans-Jochen	20, 22, 23
Friedman, Odelia	48	Meyer-Lauber, Andreas	48	Voigt, Karsten	39
Fuchs, Anke	20, 39, 43	Michel, Louis	38	Walzer, Michael	33
Gabbay, Avi	56, 57	Mosbauer, Christoph	36	Wechselmann, Irit	20
Gablentz, Otto von der	23	Müller, Hans	15	Weisskirchen, Gert	39
Gabriel, Sigmar	32, 49	Müntefering, Franz	39	Wieler, Danny	18, 19
Gafni, Willy	18, 19	Mützenich, Rolf	43	Wowereit, Klaus	40
Gal-On, Zehava	39	Nahles, Andrea	43, 51	Yachimovich, Shelly	44, 45, 46
Gärber, Andrä	39	Naphtali, Fritz (Peretz)	10, 11	Yonah, Yossi	45
Gat, Israel	19, 29	Nathanson, Roby	30, 36, 37, 38, 50	Zandberg, Tamar	56, 57
Gelman, Gershon	48	Nau, Alfred	10, 20		
		Netanyahu, Benjamin ..	30, 33, 38, 40, 45, 49, 50		

Über den Autor

Winfried Veit, geb. 1946, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler und Publizist. Nach Studium und Promotion journalistische Tätigkeit in Berlin. 1976 bis 2011 Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, u. a. verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »Internationale Politik und Gesellschaft« und Referatsleiter für Osteuropa und Zentralasien; im Ausland Leiter der FES-Büros in Senegal, Südafrika, Israel, Paris und Genf. Seit 2007 Dozent an der Universität Freiburg i. Br.; Consultant für politische Szenarioanalyse. Zahlreiche Veröffentlichungen zu internationalen Fragen.

Kontakt

Friedrich-Ebert-Stiftung

Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28
10785 Berlin
www.fes.de/referat-naher-mittlerer-osten-und-nordafrika



Friedrich-Ebert-Stiftung Israel

Shenkar Street 14, Nolton House
P.O.Box 12235
Herzliya Pituach, 46733 Israel
www.fes.org.il



